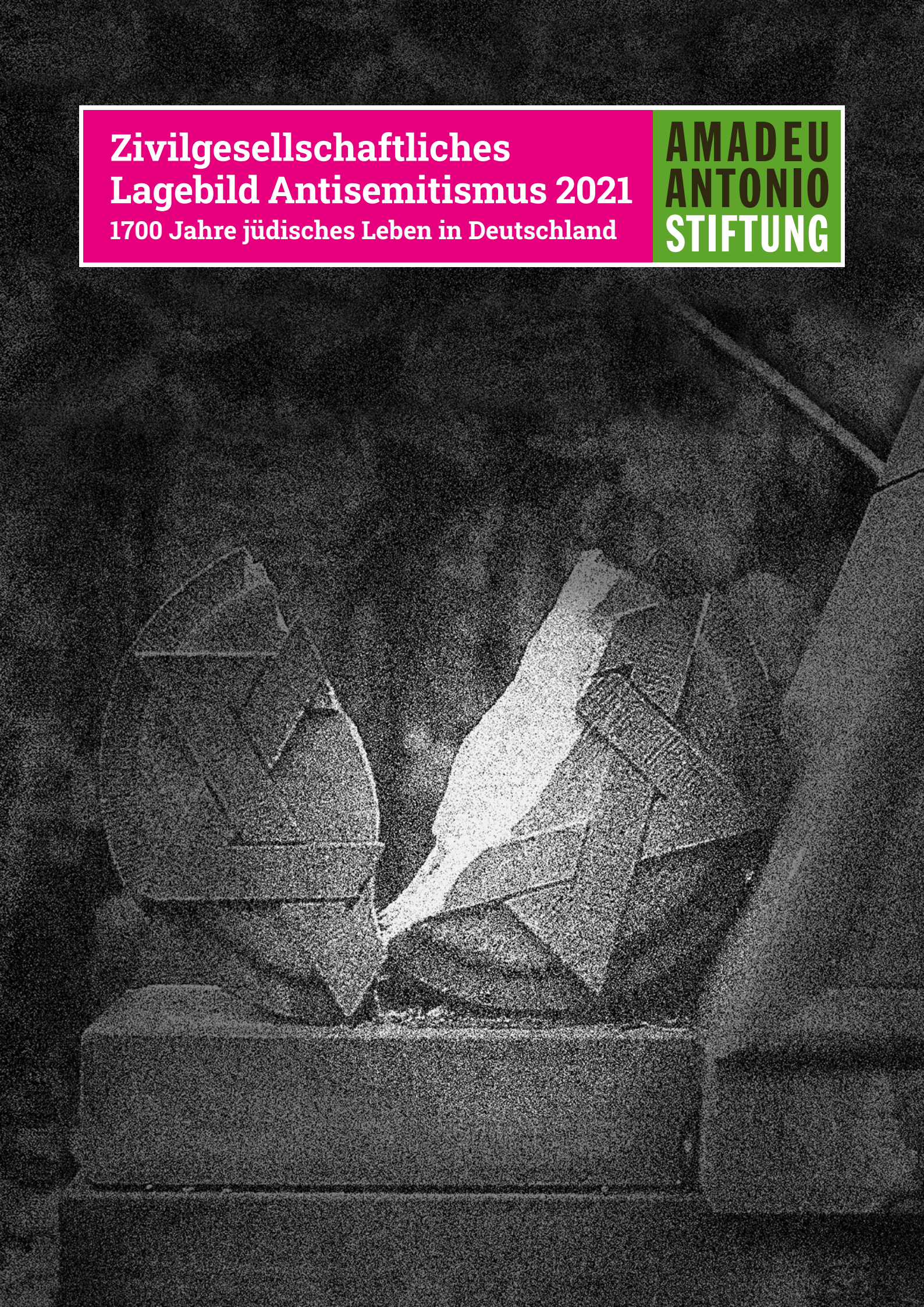


**Zivilgesellschaftliches
Lagebild Antisemitismus 2021**
1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**





Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus



Anne Frank.

ANNE FRANK ZENTRUM

Herausgeber:

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12
10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Nikolas Lelle, Imke Kummer, Lukas Steinbrenner,
Shila Guthmann, Maximilian Kirstein, Paul Schneider, Max Braun

Lektorat: Britta Kollberg

Titelbild: D. Kahane

Gestaltung: Wigwam eG, Berlin

Druck: Druckzone, Cottbus

Gedruckt auf Envirotop Recycling 100% Altpapier

© Amadeu Antonio Stiftung, 2021

Das Projekt „Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus“ und die vorliegende Publikation wurden durch den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus gefördert. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMI dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor:innen die Verantwortung.

Zugleich möchten wir all unseren Spender:innen danken, die die Arbeit der Stiftung überhaupt erst ermöglichen und mit tragen.

Gefördert durch:



Beauftragter der Bundesregierung
für jüdisches Leben und
den Kampf gegen Antisemitismus

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Inhalt

- 4 Jüdisches Leben im Festjahr 2021
Anetta Kahane
- 7 Geleitwort
Dr. Felix Klein
- 8 Geleitwort
Katharina von Schnurbein
- 10 Beispiele antisemitischer Vorfälle 2021
- 12 Antisemitismus heute. Einschätzung der Lage
- 14 Israelbezogener Antisemitismus
- 16 Antisemitische Verschwörungsideologien
- 19 Post-Shoah-Antisemitismus
- 21 Moderner Judenhass
- 23 Aktuelle Debatten
- 27 Kernbeobachtungen
- 28 Zivilgesellschaftliche Forderungen
- 30 Verschwörungsmythen, Shoah-Relativierungen und Dämonisierung Israels
Bianca Loy und Daniel Poensgen
- 36 🗣️ „Es gibt eine steigende Bereitschaft, antisemitisch motivierte Gewalttaten zu begehen.“
Gespräch mit Marina Chernivsky
- 39 Mit Jugendlichen an Anne Frank erinnern
Robert Zenker und Veronika Nahm
- 42 🗣️ „Es gibt laute und starke Stimmen in unserer Gesellschaft, die offen antisemitisch sind.“
Gespräch mit Anna Staroselski
- 44 Wir stellen vor: *deconstruct antisemitism!*
- 46 🗣️ „Jüdisches Leben ist sichtbar, wenn man es sehen möchte.“
Gespräch mit Bettina Levy
- Schwerpunkt**
1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland
- 48 Trotz alledem: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland
Nikolas Lelle
- 50 🗣️ „Ich wünschte mir, wir wären so transformativ wie der Antisemitismus.“
Gespräch mit Laura Cazés und Ruben Gerczikow
- 54 Wir stellen vor: *nichts-gegen-juden.de*
- 55 🗣️ „Wir wollten mit einer neuen Generation auf das Ganze jüdischen Lebens schauen.“
Gespräch mit Dr. Matthias Schreiber
- 58 Anhang
- 58 Arbeitsdefinition von Antisemitismus
- 60 Ansprechpartner:innen
- 62 Weiterführende Literatur

Jüdisches Leben im Festjahr 2021



Anetta Kahane, Vorsitzende der
Amadeu Antonio Stiftung.
© Ivo Mayr/Correctiv

Deutschland feiert dieses Jahr 1700 Jahre jüdisches Leben. Mit vielen Veranstaltungen und Artikeln wird der Verdienste und des Beitrags der Jüdinnen:Juden zur Entwicklung Deutschlands gedacht. In dieser langen Epoche hatten Jüdinnen:Juden hier schlimme und weniger schlimme Zeiten. Zwischen dem Privileg, nicht grundsätzlich Freiwild zu sein, und totbringenden Pogromen, wann immer ein Sündenbock gebraucht wurde, haben sie hier gelebt und gearbeitet. Doch Verfolgung, Tod und Diskriminierung hörten nicht auf. Am Ende waren es die Deutschen im 20. Jahrhundert, die während des Nationalsozialismus eine Methode, ja ein ganzes System erfunden hatten, um Millionen Jüdinnen:Juden in kurzer Zeit umzubringen. Daran waren sehr viele Menschen beteiligt, und noch mehr haben davon profitiert. Ziel war es, das Jüdische, seine Zivilisationsgeschichte und alles, was dazugehört, mit den Menschen verschwinden zu lassen, also auszurotten. Die Spuren finden sich überall. Ihrer, der toten Jüdinnen:Juden, zu gedenken, hat sich das Jubiläumsjahr verschrieben.

Auch das jüdische Leben heute hat im Festjahr einen gebührenden Platz. Nur wenige tausend Jüdinnen:Juden waren nach der Shoah in Deutschland übrig geblieben. Eine winzige Gruppe traumatisierter Menschen, die Angehörige verloren hatten und selbst nur knapp dem Tod entkommen waren, lebten in West- und Ostdeutschland, dem Land ihrer ehemaligen Peiniger:innen.

Seit der Einwanderung von Jüdinnen:Juden aus der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er Jahren, die am Runden Tisch der DDR beschlossen worden war, sind ca. 200.000 jüdische Kontingentflüchtlinge dazugekommen. Etwa die Hälfte von ihnen wurden Mitglieder der Jüdischen Gemeinden. So kommt es, dass heute etwa 0,27 % der Bevölkerung jüdisch ist. Die Politik beschreibt dies oft als ein wunderbares Wiedererblühen jüdischen Lebens in Deutschland, so als hätte sich die jüdische Gemeinschaft in Deutschland von ihrer barbarischen Dezimierung in der Shoah erholt und floriere nun wieder. Von Erholung kann aber keine Rede sein. Jüdinnen:Juden, die heute in Deutschland leben, tun dies, weil sich ihre Hoffnung darin gründet, dass Deutschland wegen der Shoah Antisemitismus niemals wieder zulassen werde.

Antisemitische Vorfälle im Festjahr 2021

Derzeit werden in Deutschland hunderte antisemitischer Übergriffe oder Vorfälle registriert. Menschen werden beschimpft, bedrängt, körperlich angegriffen, weil sie Jüdinnen:Juden sind oder dafür gehalten werden. In der rechtsextremen und verschwörungsideologischen Szene kursieren Mythen und Bilder, die Jüdinnen:Juden in bedrohlicher, entmenschlichter und grausamer Weise darstellen, so wie es einst die Nationalsozialisten taten. Auf Anti-Corona-Demos machen sich Impfkritiker:innen zu Opfern und setzen sich gleich mit den jüdischen Opfern der Shoah, indem sie als Illustration den gelben Stern missbrauchen. Jüdinnen:Juden wurden durch die Nazis vor ihrer Ermordung brutal ausgegrenzt, indem sie gezwungen wurden, den Stern zu tragen. Dieses furchtbare Symbol für Proteste zu benutzen, ist verletzend, weil es die einstige Mordmaschinerie Deutschlands gegen Millionen Jüdinnen:Juden ins Lächerliche zieht.

Hinzu kommen die aggressiven Projektionen auf den Staat Israel, seine Dämonisierung als einziges Hindernis für den Frieden in der Welt und als Symbol für jegliche Unterdrückung. Die dichotomische Zuspitzung aller Konflikte zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, zwischen Böse und Gut nähert sich immer mehr einem Weltbild, das mit einer vermeintlich destruktiven Rolle der Jüdinnen:Juden und des Staates Israel assoziiert wird.

Projektionen des Bösen

Jüdinnen:Juden in Deutschland erleben Tag für Tag, was es heißt, mit diesen Projektionen konfrontiert zu werden, ganz gleich, ob sie wollen oder nicht, ob sie eine Haltung zum Staat Israel haben oder nicht. Daraus ist ein aufgeheiztes Klima entstanden, das sich immer dann entzündet, sobald es um Jüdisches und Israel geht. Feindselige Positionen dazu finden sich in allen gesellschaftlichen Kreisen.

Die projektiven Verzerrungen klingen wie ein Chor aus rechten, linken, bürgerlichen und migrantischen Stimmen, die sich mit unterschiedlichen Begründungen am Kanon des Israel-ist-an-allem-schuld-Liedes beteiligen. Am Ende dieses Liedes entsteht der Eindruck, dass die Jüdinnen:Juden außerhalb Israels darin einzustimmen haben. Wenn sie es nicht tun, sollen sie als Stimme verschwinden. Für die Jüdinnen:Juden in Israel hört man die Forderung, nicht weiter auf den jüdischen Charakter des Staates zu bestehen und das Land als sicheren Ort für Jüdinnen:Juden aus aller Welt somit von der Landkarte verschwinden zu lassen. Was immer die Jüdinnen:Juden auch tun, wo sie auch leben, der Appell an sie ist stets, sich besser nicht mit einem eigenen, partikularen Anspruch bemerkbar zu machen.

Nun rückt der Antisemitismus in Deutschland stärker als bisher in das Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit. Dass es so ist, zeigt, wie dringend die Auseinandersetzung damit auch für die Zukunft sein wird. Jüdinnen:Juden spüren ein größer werdendes Unbehagen, weil sie wegen der verschiedenen Formen des Antisemitismus permanent unter Druck stehen.

Das Wesen des Antisemitismus lässt Jüdinnen:Juden niemals einen Ausweg. Antisemit:innen projizieren das Böse schlechthin auf sie. Dabei gibt es keine Grautöne oder Abstufungen. Jüdinnen:Juden stehen, in der Vorstellung der Antisemit:innen, dem Weg der Menschen oder Völker in eine bessere Welt, in eine Welt der Eindeutigkeit, in eine Welt ohne Widersprüche immer im Weg. Sie werden für alles, was solche Illusionen oder totalitären Vorstellungen stört, verantwortlich gemacht. Deshalb ist der Antisemitismus eben nicht eine Form von Rassismus, der Gruppen von Menschen als minderwertig betrachtet. Antisemitismus bedeutet, eine Vorstellung davon zu haben, wie Gesellschaften (oder Völker) funktionieren sollten.

Projektionen münden in Vernichtungsfantasien

Das vermeintlich Böse – gemeint sind hier die Widersprüchlichkeiten des Lebens und der Welt, die sich nicht einfach auflösen lassen – hat darin keinen Platz. Und wenn die Jüdinnen:Juden dieses Böse sind, müssen sie vernichtet werden. Damit, so die Vorstellung, wird dann alles gut.

Diese Ideologie, diese Kulturtechnik, das Böse als das Widersprüchliche im Leben auf Jüdinnen:Juden zu übertragen und diese dann zu zerstören, erinnert an Exorzismus und ist daher immer eliminatorisch. Der Komplex Antisemitismus ist deshalb so gefährlich, weil er einem Weltbild folgt, das in uralten regressiven und starren Mustern gefangen bleibt. Deshalb ist Antisemitismus sowohl eine Bedrohung für die betroffenen Jüdinnen:Juden als auch eine Bankrotterklärung gegenüber der demokratischen Moderne.

Wenn bisher Antisemitismus als eine Art Erbe aus den Zeiten des Nationalsozialismus betrachtet wurde, also als ein rechtsextremes Weltbild, so wird in der jetzigen Situation klar, wie wenig Realität damit beschrieben ist. Antisemitismus geht längst weit darüber hinaus. Es reicht nicht, ihm etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die enorme Abwehr gegen dieses Thema muss verstanden und überwunden werden. Alle Elemente des Antisemitismus, die nicht dem tradierten rechtsextremen Muster folgen, werden in der öffentlichen Auseinandersetzung immer wieder in Frage gestellt. Es scheint, als ob nur das alte Stereotyp vom bösen Juden als antisemitisch gesehen werden kann, wenn es aus dem klassisch rechten Milieu kommt. Allen anderen direkten und indirekten Klischees über Jüdinnen:Juden, so sie aus bürgerlichen, linken, progressiven oder migrantischen Kreisen kommen, spricht die Debatte ihren antisemitischen Kern sehr häufig ab. Das vorliegende Lagebild macht deutlich, wie sich die verschiedenen Formen und Milieus einander nähern und ergänzen. Und wie gefährlich diese Entwicklung ist.

Anetta Kahane

Geleitwort

Dr. Felix Klein Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus

Zwischen dem zweiten Jahrestag des Anschlags in Halle und dem 83. Jahrestag der Novemberpogrome in Deutschland wollen und sollen 2021 die Bildungs- und Aktionswochen der Amadeu Antonio Stiftung wachrüteln. Die Veröffentlichung des Lagebilds bildet wieder einen fundierten Abschluss dieser wichtigen Kampagne. Es macht deutlich, dass Juden Hass sowohl das ganze Jahr als auch die ganze Gesellschaft durchzieht, all ihre Gruppen und Milieus betrifft und sie immer offener in politischer Praxis verbindet, wie sich zum Beispiel an der Querdenker-Szene und der daraus hervorgegangenen Partei dieBasis zeigt.

Das Bild von Juden und Jüdinnen ist häufig verengt auf die Shoah. Gleichzeitig sind antisemitische Vorstellungen, die „die Juden“ als bedrohliche Täter zeichnen, Jahrtausende alt. Sie entspringen den Wurzeln unserer heutigen Kultur(en) – letztlich werden diese uralten Feindbilder nur immer wieder aktualisiert. Seit der Gründung des Staates Israel, genauer seitdem der damals noch junge jüdische Staat 1967 den Sechstagekrieg gewann und seine Angreifer überraschend besiegte, ist auch diese kleine Demokratie im Nahen Osten als „Kollektivjude“ Zielscheibe antisemitischer Zerrbilder. „Der Jude“ als kapitalistischer, kolonialer Täter: Entsprechende Projektionen der damaligen westdeutschen Linken sind heute längst im Mainstream der Gesellschaft angekommen und überschneiden sich mit dem Juden Hass, der in vielen arabischen Ländern Staatsräson ist und auch in der deutschen Diaspora Wirkung zeigt. Sogar jüdische Opferschaft wird noch Anlass für Angriffe auf Juden und Jüdinnen, als sekundärer oder Post-Shoah-Antisemitismus. Die Relativierungen der Shoah, etwa in Form der Indienstnahme jüdischer Opferbilder wie des nationalsozialistischen „Judensterns“ für die Selbststilisierung als Opfer der Regierungsmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie, haben ebenfalls wieder einmal gezeigt, wie geschichtsvergessen einerseits und wie antidemokratisch eingestellt andererseits Menschen sind, die solchen Hass und Wahn verbreiten. Das „Nie wieder“ nach Auschwitz ist heute für zu viele offenbar kein kategorischer Imperativ mehr. Die Grenzen des Sagbaren sind inzwischen so weit verschoben, dass wir sie umso entschlossener verteidigen müssen.



Dr. Felix Klein. © BMI

Denn all diese verschiedenen Formen desselben Hasses gegenüber einer so kleinen, über die Jahrtausende immer wieder tödlich bedrohten Minderheit zeigen auch immer wieder, dass Antisemitismus mehr mit denen zu tun hat, die ihn äußern, als mit realen Jüdinnen und Juden. Diese lebenden jüdischen Menschen gilt es jedoch zu schützen, ebenso wie unsere demokratische Gesellschaft als offenen, sicheren Raum für alle.

Dass die Amadeu Antonio Stiftung und das Anne Frank Zentrum dazu wieder auf gewohnt kompetente und achtsame Weise beitragen, freut mich sehr. Denn die Bekämpfung von Antisemitismus erfordert unsere vereinten Kräfte, politisch, zivilgesellschaftlich und auch privat: vor der eigenen Haustür, auf dem Weg zur Arbeit oder in einer Hotelschlange. Gegenrede ist online wie auch in der physischen Welt eines der wichtigsten Instrumente im Kampf gegen Juden Hass. Die Perspektive der Betroffenen einzubeziehen und ihnen empathisch zu begegnen, ist dabei unerlässlich. Auch was das betrifft, kann dieses Lagebild als Vorbild dienen. Ich wünsche ihm viele Leserinnen und Leser und uns allen bei unserer Arbeit gegen Antisemitismus hoffentlich viel Erfolg!

Ihr Dr. Felix Klein

Geleitwort

Katharina von Schnurbein Beauftragte der EU-Kommission für den Kampf gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens



Katharina von Schnurbein.
© European Commission

Europaweit sind in der Antisemitismus-Bekämpfung Fortschritte gemacht worden. Die IHRA-Antisemitismusdefinition ist weithin anerkannt und wird zunehmend in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Strafverfolgungsbehörden genutzt. Der von der EU 2016 mit Internetplattformen verabschiedete Verhaltenskodex hat dazu geführt, dass diese gemeldete Hassreden schneller löschen; der Digital Services Act wird u. a. zu mehr Transparenz von Daten- und Finanzströmen und zu besseren Meldestrukturen online führen. Nach erschreckenden Anlässen – wie beispielsweise dem Anschlag auf die Synagoge in Halle – sowie der einstimmig verabschiedeten EU-Ratserklärung zu Antisemitismus von 2018 ist die Sicherheit jüdischer Einrichtungen mehr in den Fokus gerückt.

Viel ist passiert, die Regierungen nehmen die Probleme konkreter wahr – und dennoch ist es nicht genug.

Der Antisemitismus nimmt zu, die Zahl der registrierten antisemitischen Vorfälle steigt, die Dunkelziffer nicht gemeldeter Vorfälle antisemitischer Beleidigungen, Beschimpfungen, Graffiti und Attacken bleibt hoch. Für neun von zehn Jüdinnen und Juden ist Antisemitismus ihr größtes Problem – noch vor der Angst vor Krankheit oder dem Verlust des Arbeitsplatzes. Und 66 % aller Deutschen sehen, dass Antisemitismus ein Problem in Deutschland ist. Jüdinnen und Juden verbergen ihre Identität in europäischen Großstädten, und mancher hat Europa verlassen, um anderswo eine sicherere Zukunft zu haben. Die Geschichte lehrt uns, dass es um Europa nie gut stand, wenn Jüdinnen und Juden den Kontinent verlassen haben. Es ist ein Zeichen, dass etwas aus dem Lot geraten ist, dass unsere demokratischen Werte bedroht sind. Die jüdische Gemeinde hat darauf schon seit geraumer Zeit hingewiesen.

Die Corona-Pandemie hat wie unter einem Vergrößerungsglas gezeigt, dass insbesondere Verschwörungsmymen im Netz eine Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen und zu Straftaten führen können. Eine von der Europäischen Kommission im Juni 2021 veröffentlichte Studie von deutschsprachigen Telegram-, Facebook- und Twitter-Accounts belegt, dass zwischen Januar 2020 und Februar 2021 antisemitische Inhalte 13fach zugenommen haben.

Es muss also noch mehr getan werden. Die Europäische Kommission verabschiedete deshalb am 5. Oktober 2021 eine europaweite Strategie zum Kampf gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens. Ganz im Sinne der, unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft, veröffentlichten Erklärung sollen Maßnahmen getroffen werden, die alle Politikbereiche abdecken, in enger Abstimmung mit den EU-Ländern, jüdischen Gemeinden und Organisationen, die sich für jüdisches Leben einsetzen. Um nur einige Initiativen zu nennen: ein Hackaton zur Bekämpfung von Online-Hass; Schaffung eines Netzwerks junger Europäer, die sich für Holocaustgedenken engagieren; Bildung und Forschung zu jüdischem Leben, Antisemitismus und dem Holocaust; Sichtbarmachung jüdischen Lebens, ähnlich wie es in Deutschland im Rahmen von 1700 Jahren jüdischen Lebens 2021 geschieht; Einbindung der jüdischen Tradition des Baumpflanzens an TuBishvat in das Ziel der EU, bis 2030 drei Milliarden Bäume in Europa zu setzen; Empfehlung an Europäische Kulturstädte, die jüdische Kultur in ihrer Stadt zu einem Teil ihrer Bewerbung zu machen.

Die Strategie kann aber nur Erfolg haben, wenn europäisch gedacht und lokal gehandelt wird. Und das machen die Aktionswochen gegen Antisemitismus auf beeindruckende Weise. Mit ihrer langjährigen Erfahrung setzt sich die Amadeu Antonio Stiftung zusammen mit dem Anne Frank Zentrum und ihren Partnerinnen und Partnern gegen Antisemitismus und Rassismus ein. Mit viel Kreativität und überzeugenden Argumenten machen die Aktionswochen Bürgerinnen und Bürgern Mut, gegen jede Form des Hasses aufzustehen und zu zeigen, wie man mit möglichem Gegenwind umgehen kann.

Ich freue mich deshalb sehr, den Aktionswochen unterstützend zur Seite stehen zu können.

Ihre Katharina von Schnurbein



Beispiele antisemitischer Vorfälle 2021

Eine Reihe antisemitischer Vorfälle 2021 hat die gesellschaftliche Debatte über den wachsenden Antisemitismus in Deutschland geprägt. Besonders ausschlaggebend hierfür waren nicht nur die Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen der Bundesregierung, sondern auch die Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt im Mai 2021. Die folgenden Beispiele sind eine Auswahl besonders eindrücklicher antisemitischer Vorfälle seit Januar 2021. Sie stammt aus der Chronik antisemitischer Vorfälle, die auf der Website der Amadeu Antonio Stiftung zu finden ist. Die Chronik hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist nicht repräsentativ, aber sie illustriert, wie alltäglich und weitreichend der Antisemitismus in der Bundesrepublik ist.

01.01.2021, Offenbach (HE)

Rabbiner antisemitisch beleidigt

Menachem Mendel Gurewitz, Rabbiner der Jüdischen Gemeinde Offenbach, wird in Begleitung seiner Kinder auf dem Heimweg von einem alkoholisierten Mann antisemitisch beleidigt und angeschrien. Zeug:innen schreiten unvermittelt ein und verständigen die Polizei, die den Täter festnehmen kann. Gurewitz gehört der orthodoxen Gruppierung *Chabad Lubawitsch* an und ist durch seine Kleidung als orthodoxer Jude erkennbar. In der Vergangenheit war der Rabbiner bereits mehrfach Ziel antisemitischer Attacken.

03.05.2021, Köln (NW)

Stolpersteine beschmiert

In Köln werden drei Stolpersteine mit den Buchstaben „BDS“ beschmiert – das Kürzel steht für die transnationale Kampagne *Boycott, Divestment and Sanctions*. Diese setzt sich für einen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Boykott Israels ein und fordert dessen internationale Isolierung. Expert:innen sowie der Deutsche Bundestag (seit Mai 2019) stufen BDS als antisemitisch und antiisraelisch ein.

Mai 2021, Deutschland

Antisemitische Demonstrationen

Im Zuge des eskalierenden Konflikts zwischen Israel und der radikal-islamischen Terrororganisation Hamas kommt es im gesamten Bundesgebiet zu zahlreichen antisemitischen Vorfällen. In Gelsenkirchen beispielsweise versammeln sich am 12. Mai etwa 180 Menschen zu einer Demonstration. Fahenschwenkend und „Kindermörder Israel“ skandierend zieht der Protestzug über den Bahnhofsvorplatz in Richtung Synagoge. Dort angelangt rufen mehrere Personen aus dem Demonstrationszug wiederholt „Scheiß Juden“. Am Nakba-Tag, der jährlich am 15. Mai begangen wird, finden vor allem in Großstädten (darunter Berlin, Bielefeld, Bochum, Frankfurt am Main, Flensburg, Freiburg, Karlsruhe, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Osnabrück und Stuttgart) zahlreiche antiisraelische Demonstrationen statt. Auf allen werden antisemitische Parolen skandiert, die Israel das Existenzrecht absprechen, es als „rassistischen Apartheidstaat“ dämonisieren oder gleich seine Vernichtung fordern. So skandieren Demonstrierende in Berlin, wo sich im Bezirk Neukölln mit tausenden Menschen die weitaus größte Demonstration bildet, auf Arabisch: „Oh Qassam, oh Liebling – schlag zu, zerstör Tel Aviv“. Dieser Satz nimmt Bezug auf die sogenannten Kassam-Raketen, mit denen die Hamas regelmäßig israelische Städte beschießt. Zudem werden Journalist:innen und Polizeibeamte mit Gewalt bedroht und als „Juden“ beschimpft. Eine Journalistin, die auf Hebräisch von der Demonstration berichtet, wird gezielt mit einem Knallkörper beworfen.

05.06.2021, Ulm (BW)

Brandanschlag auf Synagoge

Ein Unbekannter zündet in Ulm einen Brandsatz an der Ulmer Synagoge. Ein Zeuge, der beobachtet, wie der:die Täter:in eine Flüssigkeit an der Fassade der Synagoge ausleert und anzündet, verständigt umgehend die Feuerwehr, die einen größeren Schaden am Gebäude verhindern kann. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

13.06.2021, Frankfurt am Main (HE)

Thoraschrein mit Hakenkreuz beschmiert

Im synagogalen Gebetsraum am Frankfurter Flughafen wird der Schrank *Aron Hakodesch*, in dem die Thorarollen aufbewahrt werden, mit einem Hakenkreuz beschmiert. Seit Beginn der COVID-19-Pandemie sei, so der Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt, der Gebetsraum für Reisende geschlossen, werde aber regelmäßig durch das Sicherheitspersonal des Flughafens kontrolliert.

Juli 2021, Online

Antisemitische Verschwörungsideologien in der COVID-19-Pandemie

Der Mikrobiologe Sucharit Bhakdi, der unter Corona-Leugner:innen beliebt ist, fällt durch antisemitische Äußerungen auf. Auf einer Website, die sich kritisch gegenüber den Maßnahmen gegen die Pandemie äußert, behauptet er im Rahmen eines Interviews: „Das Volk, das geflüchtet ist aus diesem Land, aus diesem Land, wo das Erzböse war, und haben ihr Land gefunden, haben ihr eigenes Land in etwas verwandelt, was noch schlimmer ist, als Deutschland war. [...] Das ist das Schlimme an den Juden: Sie lernen gut. Es gibt kein Volk, das besser lernt als sie. Aber sie haben das Böse jetzt gelernt – und umgesetzt. Deshalb ist Israel jetzt living hell – die lebende Hölle.“ Bhakdi ist Bundestagskandidat der Partei dieBasis, die fest im Umfeld von Corona-Leugner:innen verankert ist. Der österreichische Goldegg Verlag, der bisher Bhakdis Bücher herausgegeben hat, beendet aufgrund seiner Äußerungen die Zusammenarbeit mit ihm.

01.08.2021, Berlin

Shoah-Relativierung im Kontext von COVID-19

Im Gästebuch der Gedenkstätte des Hauses der Wannseekonferenz werden Einträge hinterlassen, in denen eine angebliche „Aussonderung von Ungeimpften“ mit der Shoah verglichen wird. An dem Ort, wo am 20. Januar 1942 führende Vertreter der NS-Bürokratie die Organisation des systematischen Massenmords an Juden besprochen hatten, verteilten Besucher:innen Werbung für die verbotenen Demonstrationen der Querdenken- und Impfgegner:innen-Szene und hinterließen im Gästebuch einen Eintrag, in dem es heißt: „Will dieses Volk (das Deutsche) jetzt etwa auch die Ungeimpften aussondern, vertreiben und vernichten?!“ Der Eintrag endet mit den Worten: „Gott rette Deutschland! Amen!“

22.08.2021, Köln (NW)

Kippaträger bei Angriff schwer verletzt

Im Kaiser-Wilhelm-Park beleidigt eine Gruppe einen jungen Mann mit Kippa, einer jüdischen Kopfbedeckung, antisemitisch. Als der 18-Jährige daraufhin die Gruppe zur Rede stellt, schlagen und treten mehrere ihrer Mitglieder auf ihn ein. Im Zuge der Attacke reißt einer der Täter dem Opfer seine Kippa vom Kopf. Im Krankenhaus wird dem Betroffenen unter anderem ein Jochbeinbruch attestiert. Aufgrund eines anzunehmenden antisemitischen Tatmotivs übernimmt der Staatsschutz die Ermittlungen.

15.09.2021, Hagen (NW)

Geplanter Terroranschlag auf Synagoge verhindert

Die Polizei Hagen teilt an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, mit, dass sie Hinweise auf eine erhöhte Gefährdungslage in Bezug auf die Jüdische Gemeinde in Hagen habe. Im Bereich der Hagener Synagoge patrouillieren schwer bewaffnete Polizist:innen. Einen Tag später durchsucht die Polizei die Wohnung eines 16-Jährigen, der verdächtigt wird, einen Sprengstoffanschlag auf die Synagoge geplant zu haben. Der Jugendliche soll nach Angaben der *Tagesschau*, die sich auf den Bundesnachrichtendienst (BND) beruft, zu diesem Zweck in engem Kontakt mit Angehörigen der islamistischen Terrororganisation Islamischer Staat gestanden haben.

18.09.2021, Berlin

Shoah-Relativierung auf Demonstration von Abtreibungsgegner:innen

Beim Marsch für das Leben, bei dem Abtreibungsgegner:innen jährlich durch Berlin ziehen, werden auch in diesem Jahr antisemitische und Shoah-relativierende Parolen dokumentiert. Laut *Frankfurter Rundschau* werden beispielsweise Abtreibungen mit der Ermordung behinderter Menschen als „unwertes Leben“ in der Zeit des Nationalsozialismus verglichen. Zudem trägt ein Mann ein T-Shirt mit der Aufschrift „Babocaust“ – eine Anlehnung an den Holocaust, die diesen als singuläres Verbrechen im Kontext von Schwangerschaftsabbrüchen bagatellisiert.

Antisemitismus heute

Einschätzung der Lage

Antisemitismus hat viele Gesichter. Er zeigt sich in verschiedenen Erscheinungsformen, manchmal codiert und manchmal als offener Judenhass. Wie entschieden ihm entgegengetreten wird, ist der Lackmustrtest für jede demokratische Gesellschaft. Das Jahr 2021 hat erneut auf erschreckende Art und Weise gezeigt, wie virulent der Antisemitismus milieuübergreifend in der deutschen Gesellschaft ist.

Die Zivilgesellschaft als zentraler Teil der demokratischen Gesellschaft leistet Wichtiges im Kampf gegen Antisemitismus. Durch ihre unabhängige Arbeit und einen praxisbezogenen Fokus verbunden mit jahrelanger Expertise im Feld und eigenen Monitoring-Ergebnissen leisten zivilgesellschaftliche Fachträger einen nachhaltigen, alltäglichen Beitrag zur Bekämpfung des Antisemitismus. Dabei dürfen sie in ihrem Kampf nicht allein gelassen werden. Justiz- und Ermittlungsbehörden sowie Politik müssen zuhören, lernen und handeln.

Bei der Bekämpfung von Antisemitismus müssen aber insbesondere Jüdinnen:Juden, andere Betroffene sowie jüdische Organisationen und Gemeinden zwingend mit einbezogen werden. Sie sind wie ein Frühwarnsystem, das Antisemitismus und seine Folgen eher als die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft wahrnimmt. So lässt sich schneller erkennen, wo, wann und wie sich Antisemitismus äußert und was dagegen getan werden kann.

Seit Jahren warnen die Zivilgesellschaft und auch die Antisemitismusforschung vor einer Verschiebung der Grenzen des Sagbaren, das Resultat sehen wir in der letzten Zeit besonders deutlich: Die Grenzen haben sich bereits verschoben, Antisemitismus äußert sich offener, man macht sich nicht mehr die Mühe, ihn zu verstecken. Gleichzeitig wandelt er sich immer weiter, passt sich an Gegebenheiten und Krisen an. So zeigt er sich besonders deutlich sowohl in der COVID-19-Pandemie als auch anlässlich der Angriffe und anschließenden Eskalation zwischen der Hamas und Israel.

- Seit Beginn der COVID-19-Pandemie verbreiten sich antisemitische Verschwörungsmythen rund um den Ursprung des Virus, die Maßnahmen der Regierungen und die Impfungen. In vielen Fällen werden alte antisemitische und antijudaistische Bilder und Vorstellungen aktualisiert. So auch bei dem aus dem Mittelalter stammenden Verschwörungsmythos der Brunnenvergiftung, wonach „die Juden“¹ das Wasser von Brunnen vergiften würden, um den Rest der Bevölkerung zu verseuchen. Heute findet sich dieser Vorwurf in der Vorstellung, eine sinistre Gruppe hätte das Coronavirus in die Welt gesetzt, um Profit aus der pandemischen Lage zu ziehen.
- Auch die Eskalationen im Mai 2021 haben wieder einmal gezeigt, dass der Antisemitismus seit 1945 nicht verschwunden ist: Gewaltfantasien gegen Israel und gegen Jüdinnen:Juden wurden nicht nur in Sprechchören heraufbeschworen, sondern zeigten sich auch in Angriffen auf Jüdinnen:Juden, jüdische Organisationen und Synagogen.



Während der COVID-19-Pandemie hat die Zahl antisemitischer Verschwörungsmythen, z.B. in der Annahme einer raffgierigen „Hochfinanz“, enorm zugenommen.
© Grischa Stanjek/democ.

Auf einer anderen qualitativen Ebene ist zudem eine besorgniserregende Tendenz in Diskussionen und Debatten zu sehen, die demokratische Errungenschaften im Kampf gegen Antisemitismus angreifen und schwächen.

■ In den Debatten darüber, was antisemitisch ist und was (noch) nicht, wird Antisemitismus allzu oft kleingeredet und verharmlost. Einerseits lässt sich diese Tendenz beim israelbezogenen Antisemitismus beobachten, andererseits mit Blick auf Shoah-relativierende Symbole bei Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen. Diese Verharmlosungen führen zu einer fatalen Normalisierung von Antisemitismus.

Im Folgenden stellen wir unsere Einschätzungen zur Lage des Antisemitismus sowie des jüdischen Lebens in Deutschland vor, im Anschluss folgen unsere Kernbeobachtungen und Forderungen. Die Einschätzungen sind aus unserer täglichen Arbeit sowie im Austausch mit Expert:innen weiterer zivilgesellschaftlicher Institutionen entstanden. Die nächsten Seiten systematisieren dies entlang von vier Erscheinungsformen des Antisemitismus:

- Israelbezogener Antisemitismus
- Verschwörungsideologien
- Post-Shoah-Antisemitismus
- Moderner Juden Hass

Hierfür haben wir Hintergrundgespräche mit dem *Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus*, der *Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz* sowie der *Mobilen Beratung gegen Rechts-Extremismus Berlin* geführt. Diese Gespräche sind in die Texte eingeflossen und entsprechend gekennzeichnet. Die gesamten Gespräche finden sich auf *Belltower.News* sowie der Website zur diesjährigen Kampagne shalom-deutschland.de.



Im zweiten Teil folgen –anlässlich des Jubiläums von 1700 Jahren jüdischen Lebens in Deutschland– Interviews mit dem Vorsitzenden des Vereins, der das Festjahr initiiert hat, und mit zwei jungen Jüdinnen:Juden. Zugleich möchten wir an dieser Stelle nicht nur die zivilgesellschaftlichen Perspektiven auf die größten Problemfelder im Bereich Antisemitismus darstellen, sondern mit dem Lagebild, seinen Interviews und Kurzvorstellungen, auch die Gelegenheit nutzen, um auf die Arbeit dieser und vieler weiterer Träger hinzuweisen. Der Kampf gegen Antisemitismus kann nur gemeinsam geführt werden und wäre ohne die vielen verschiedenen Akteur:innen nicht möglich. Danke an alle, die sich im Kampf gegen jeden Antisemitismus und für jüdisches Leben einsetzen! Shalom, ihr Verbündeten!



Die diesjährige Kampagne „Shalom Deutschland“ prangert nicht nur den antisemitischen Alltag in Deutschland an, sondern sendet auch Grüße an die Verbündeten.
© Amadeu Antonio Stiftung

Israelbezogener Antisemitismus

Der israelbezogene Antisemitismus ist eine modernisierte Form des alten Judenhasses. Er vermengt antisemitische Stereotype mit dem Bild vom israelischen Staat und dessen Politik. Eine typische Erzählung handelt vom raffgierigen, mörderischen Staat Israel, der den Nahen Osten und die Welt in Kriege stürzt. Israel wird hier zum ultimativen Bösen erklärt.

In der IHRA-Arbeitsdefinition (siehe Anhang) wird der israelbezogene Antisemitismus anhand einiger Beispiele spezifiziert. Eines davon ist das „Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen“. An dieser Stelle sei die Behauptung, Israel sei ein Apartheidstaat, erwähnt. Des Weiteren werden „Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten“ sowie „das kollektive Verantwortlichmachen von Jüdinnen und Juden für Handlungen des Staates Israel“ genannt.²

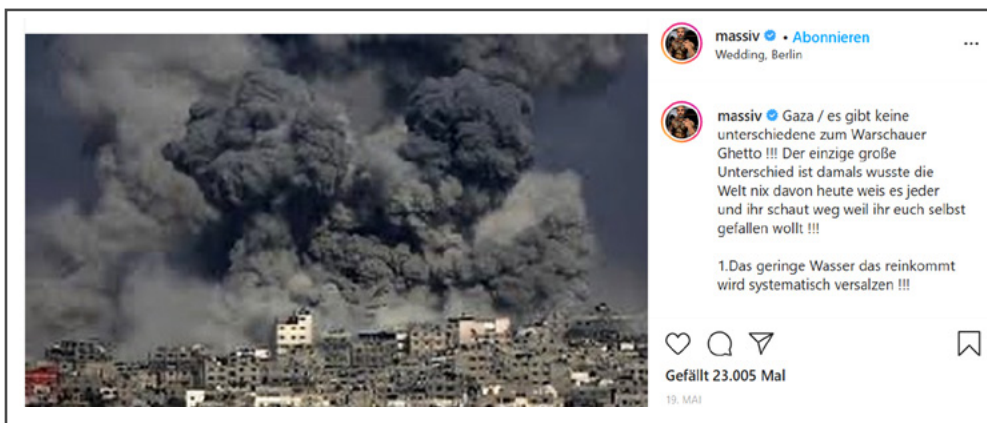
Der israelbezogene Antisemitismus existiert seit der Gründung des Staates Israel (1948). Aber bereits Ende des 19. Jahrhunderts versuchten Antisemit:innen, die zionistische Idee einer jüdischen Staatlichkeit zu delegitimieren. Heute ist der israelbezogene Antisemitismus stark verbreitet. „Diese Form des Antisemitismus ist keiner Träger:innengruppe vorbehalten, sondern findet sich in verschiedenen Milieus und Gruppen“, resümiert Levi Salomon im Hintergrundgespräch.

Mai 2021

Im Mai 2021 gab es mit zahlreichen Demonstrationen gegen Israel, mit dem Verbrennen israelischer Flaggen und mit Angriffen auf Jüdinnen:Juden und

auf jüdische Einrichtungen (z.B. Synagogen) die massivsten antisemitischen Ausschreitungen seit dem Gaza-Krieg 2014. „Gleichzeitig lässt sich eine jahrzehntelange Kontinuität des Israelhasses in Deutschland beobachten“, berichtet Levi Salomon aus seiner Expertise im Monitoring antisemitischer

Akteur:innen und Vorfälle: „Immer wieder bricht sich der Antisemitismus Bahn, dabei ist es egal, ob von Juden, dem Zionismus oder Israel gesprochen wird – es trifft immer wieder uns Jüdinnen:Juden ganz konkret.“ Trotz dieser Kontinuität des Antisemitismus stehen die Ausschreitungen im Mai 2021 sinnbildlich für den gewalttätiger und offener in Erscheinung tretenden Antisemitismus.



Die angeblichen Verbrechen des Staates Israel werden mit den Verbrechen des Nationalsozialismus verglichen.
© Screenshot „Massiv“ via Instagram

Während der Arbeiter:innenkampftag am 1. Mai 2021 unter dem Deckmantel der „Palästinasolidarität“ für den Hass gegen den Staat Israel missbraucht wurde, schlug dieser Hass in den darauffolgenden Wochen in Gewalt gegen Jüdinnen:Juden und jüdische Einrichtungen um.³ Bei den Demonstrationen anlässlich der Raketenangriffe der Hamas auf Israel wurde Israel hierfür die Schuld zugeschoben. In Sprechchören wie „Die Intifada ist die Lösung!“, „Stich die Siedler ab!“ und „Leg den Koran neben das Messer!“⁴ wurden Gewaltfantasien und Vernichtungswünsche geäußert. „Auf den Demonstrationen Mitte Mai 2021 fanden sich immer wieder – auf unterschiedlichem Eskalations- und offenem Gewaltniveau – Forderungen nach einer neuen Intifada und Sehnsüchte nach Tod und Vernichtung“, fasst Levi Salomon zusammen. Abseits der antiisraelischen Demonstrationen im Mai waren weitere Beispiele des israelbezogenen Antisemitismus 2021 z.B. im Rahmen der Gedenkveranstaltungen zum rechtsterroristischen Anschlag in Hanau (Hessen) vom 19. Februar⁵ zu beobachten und im Zuge des Frauenkampftags vom 8. März, in dessen Kontext sich Antisemit:innen auf die palästinensische Terroristin Leila Khaled bezogen⁶.

Bei diesen Aufmärschen im Mai 2021 ließ sich in den Sozialen Netzwerken ein starker Zuwachs an (vermeintlichen) Solidaritätsbekundungen mit Palästina beobachten. Auch Influencer:innen, die bislang auf den ersten Blick unpolitische Profile gepflegt hatten, positionierten sich plötzlich gegen den Staat Israel. Sie gaben Israel die alleinige Schuld an der Eskalation des Nahostkonflikts und stießen damit auf große Resonanz. Die Sozialen Netzwerke sind immer wieder der Ort, wo sich der Hass gegen Israel entlädt und eine grundsätzliche Haltung „für Palästina“ und „gegen Israel“ Konsens zu sein scheint. Aber nicht nur im Netz, sondern auch im Alltag von Jüdinnen:Juden spiegelt sich wider, dass Antisemitismus kein Phänomen der sogenannten extremen Ränder, sondern vielmehr der gesamten Gesellschaft inklusive der gesellschaftlichen Mitte ist. Jüdinnen:Juden begegnet Antisemitismus überall, sowohl auf Partys als auch auf der Straße. In der Mitte-Studie 2018/19 stimmen bis zu 55 % der Befragten (inklusive der teils-teils Antworten) der Aussage zu: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“.⁷



„from the river to the sea“ – offenbar kein Wunsch nach einer Zwei-Staaten-Lösung. © Grischa Stanjek/democ.

Milieuübergreifendes Phänomen

Die Demonstrationen im Mai 2021 haben gezeigt, dass der Hass gegen Israel ein milieuübergreifendes Phänomen ist. „Neben antiimperialistischen, linken Gruppen demonstrierten auch zahlreiche Anhänger:innen islamistischer Gruppierungen wie die Grauen Wölfe, die Hamas und die Muslimbruderschaft. Organisiert wurde die Demonstration zum Beispiel vom PFLP-nahen Netzwerk Samidoun. Es sind diese Allianzen und diese Kooperation von Teilen der Linken, die wir in den Blick nehmen müssen“, fasst Levi Salomon mit Blick auf die Teilnehmenden zusammen. Nicht nur waren zudem auf einigen Demonstrationen Anhänger:innen von BDS vor Ort, sondern häufiger noch wurden deren Parolen und Forderungen in Umlauf gebracht. Antisemitismus verbindet Milieus, das ist nicht nur im israelbezogenen Antisemitismus so, hier jedoch zeigt sich immer wieder, wie Linke mit Islamisten gemeinsam auf die Straße gehen.

Gleichzeitig sind es neben einem großen Teil der demokratischen Zivilgesellschaft auch linke Gruppierungen, die sich gegen Antisemitismus positionieren und engagieren. So machte bspw. der Göttinger Ableger der sozialistischen Jugendorganisation Die Falken auf den örtlichen DITIB-Vorsitzenden aufmerksam, der in Sozialen Netzwerken antisemitische und verschwörungsmithische Bilder verbreitete.⁸

Levi Salomon ist Geschäftsführer des *Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus* (JFDA). Das JFDA führt ein unabhängiges Monitoring zum Antisemitismus in Deutschland durch. Es dokumentiert antisemitische Vorfälle und analysiert Tendenzen. Hierzu veröffentlicht das JFDA regelmäßig Publikationen und Resolutionen. Das Hintergrundgespräch mit Levi Salomon fand im Juli 2021 statt.



Jüdisches Forum für Demokratie
und gegen Antisemitismus e.V.

Seit dem Sechstagekrieg 1967 ist israelbezogener Antisemitismus in der deutschen Linken weit verbreitet. Seitdem zeigt er sich in unterschiedlichen Intensitäten und Ausdrucksformen, sei es als fehlende Berührung Angst mit islamistischen und israelhassenden Gruppen im aktivistischen Bereich oder als Debattenbeitrag, in dem israelbezogener Antisemitismus kleingeredet und verharmlost wird.

In der extremen Rechten ist der israelbezogene Antisemitismus ebenfalls von zentraler Bedeutung. Relevante Akteure sind die drei Parteien Der Dritte Weg, NPD und Die Rechte. Letztere veranstaltete am 21. Mai 2021 eine Demonstration in Braunschweig (Niedersachsen). Ein

Redner nannte Israel dort ein „verbrecherisches Gebilde, was hoffentlich eines Tages von den Landkarten dieser Welt verschwunden sein wird“.⁹ Weiter: „Israel ist nicht unser Freund, Israel ist unser Feind“. In Sprechchören wurde Israel als „Verbrecher“, „Kindermörder“ und „Völkermörder“ bezeichnet. Im Vergleich zur Neonazi-Szene distanziert sich die AfD teils vom Antisemitismus. Einzelne Akteur:innen der Partei äußern sich gar israelsolidarisch. Allerdings wird dies ideologisch begründet. Schließlich gilt der israelische Staat als Bollwerk gegen „den Islam“. Insofern wird die Solidarität bloß für die politische Agenda genutzt. Darauf verlassen kann man sich nicht.

Antisemitische

Verschwörungsideologien

Antisemitismus zeigt sich im Berichtszeitraum auch sehr deutlich in den Verschwörungserzählungen, die insbesondere seit der COVID-19-Pandemie große Beachtung finden, aber oftmals sehr viel älter sind. Es ist oft von Verschwörungstheorien die Rede, wenn behauptet wird, relevante Ereignisse des Weltgeschehens seien auf eine geheime Verschwörung zurückzuführen. Aber weil der Begriff Verschwörungstheorie fälschlicherweise suggeriert, es handle sich um theoretische Annahmen, die wissenschaftlich falsifizier- oder verifizierbar seien, lässt sich treffender von Verschwörungsideologien, -erzählungen oder -mythen sprechen.

Antisemitismus und Verschwörungsideologien sind eng miteinander verwoben. Sie haben eine gemeinsame Geschichte und sind sich strukturell ähnlich. Antisemitismus ist die Blaupause jeder Verschwörungserzählung: Eine übermächtige, aber zugleich besiegbare Elite versuche, so die Vorstellung, „das Volk“ zu beherrschen und ihm Schaden zuzufügen, weshalb Widerstand zur Pflicht und Notwehr werde. Jede Verschwörungserzählung, die von einer geheimen Elite spricht, die versuche, die Weltherrschaft an sich zu reißen, ist also nahtlos anschlussfähig an Antisemitismus. Auch, wenn von „den Juden“ (noch) keine Rede ist. Besonders eindrücklich tritt die Verwobenheit in der antisemitischen Fiktion „Die Protokolle der Weisen von

Zion“ aus dem frühen 20. Jahrhundert in Erscheinung und erfährt heutzutage neue Beliebtheit. Umgekehrt gilt, dass Verschwörungsideologien den „Kern antisemitischer Weltdeutungen“ ausmachen, so Michael Sulies im Hintergrundgespräch.

„Antisemitische Narrative haben im Verlauf der Corona-Proteste einen erheblich erweiterten Resonanzraum gefunden“, stellt Mathias Woersching von der MBR fest. So sind in diesem Zuge auch vielfach Menschen im privaten Umfeld mit Verschwörungserzählungen konfrontiert. Konkrete Handlungstipps zum Umgang mit den Erzählungen bieten das Buch „True Facts. Was gegen Verschwörungserzählungen wirklich hilft“ (2021) von Pia Lamberty und Katharina Nocun sowie die Broschüre „Down the rabbit hole. Verschwörungsideologien: Basiswissen und Handlungsstrategien“ (2021) der Amadeu Antonio Stiftung.

Verschwörungsideologische Influencer:innen und die antisemitische Sekte QAnon

Die – teilweise antisemitischen – Verschwörungserzählungen, die sich insbesondere im Kontext von COVID-19 verbreiteten, haben gerade Hochkonjunktur. Das gilt sowohl für den analogen als auch für den digitalen Bereich. Die MBR Berlin stellt mit Blick auf die Entwicklungen in der Hauptstadt fest, dass auch und gerade antisemitische Verschwörungserzählungen offener kommuniziert werden. Jedoch sind die Codes keineswegs neu. Michael Sulies erklärt: „Antisemitische Codes wie NWO [New World Order] und ZOG [Zionist Occupied Government] finden ihren Ausdruck zum Beispiel auf Transparenten bei Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Das sind keine neuen Erscheinungsformen des Antisemitismus, sondern die Botschaften werden offensiver und stärker in die Öffentlichkeit getragen.“ Gerade die digitale Sphäre ermöglicht die Streuung von Verschwörungserzählungen. Bis heute ist der Instant-Messaging-Dienst Telegram der wichtigste Multiplikator der Erzählungen. Rechte und verschwörungsideologische Influencer:innen wie der ehemalige Finanzjournalist Oliver Janich (über 160.000 Abonnent:innen, Stand 08/2021) und der ehemals erfolgreiche Vegankoch Attila Hildmann (über 100.000 Abonnent:innen, Stand 08/2001) verbreiten antisemitische Verschwörungserzählungen. Seit Mitte 2021 ist der Zugriff zum Telegram-Kanal Hildmanns jedoch stark eingeschränkt, denn Android und iOS haben beide seinen Kanal gesperrt.¹⁰

Die rechtsoffene Querdenken-Bewegung hat mit ihrem Initiator Michael Ballweg aus Stuttgart einen Akteur mit Verbindungen zum Reichsbürger-Projekt „Königreich Deutschland“ des selbsternannten Königs Peter Fitzek an der Spitze. Nachdem sie im Jahr 2020 mehrere Großdemonstrationen in Berlin, Kassel, Leipzig und Stuttgart mit mehr als 10.000 Menschen veranstaltet hatte, erlebten die Demonstrationen des Querdenken-Labels 2021 einen massiven Rückgang der Teilnehmer:innenzahl.



Die Broschüre „Down the rabbit hole. Verschwörungsideologien: Basiswissen und Handlungsstrategien“ ist kostenlos abrufbar unter:
amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen

Michael Sulies und Mathias Woersching sind bei der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin* (MBR) tätig. Die MBR bietet allen Menschen eine Beratung und Unterstützung an, die sich in der Hauptstadt für eine demokratische und menschenrechtsorientierte Alltagskultur einsetzen. Seit 2001 berät die MBR bei Herausforderungen im Umgang mit antisemitischen, rassistischen und rechtsextremen Erscheinungsformen. Das Hintergrundgespräch fand im Juli 2021 statt.



Im Internet flaut das Interesse noch nicht ab. In den Telegram-Kanälen werden im Kern dieselben Erzählungen ausgetauscht. Mittlerweile geht es vielfach ums Impfen. Eine zentrale Erzählung ist die der antisemitischen Sekte QAnon aus den USA. QAnon, kurz: Q, gibt vor, eine anonyme Quelle aus dem Inneren des Weißen Hauses zu sein, die über die Bestrebungen des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump im Kampf gegen den Tiefen Staat (deep state) informiere. Der Tiefe Staat soll eine Art Geheimregierung sein – die in den Tiefen des Staates die Geschicke des Landes lenke. Diese Kernerzählung der Sekte knüpft nicht nur an die Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung an, sondern aktualisiert auch die Ritualmordlegende, denn Q behauptet, „die Elite“ entführe Kinder, um aus ihrem Blut beziehungsweise deren Stoffwechselprodukt Adrenochrom ein Verjüngungsmittel zu gewinnen.



Auch in Deutschland ist die antisemitische Sekte QAnon stark verbreitet. © Grischa Stanjek/democ

Stand 2020 die geschürte Panik vor der globalen Diktatur im Vordergrund, dominiert 2021 die ebenso geschürte Panik vor einem Impfwang. Dabei ist die Hetze gegen Bill Gates und den – angeblich drohenden – Great Reset mit der Hetze gegen die COVID-19-Impfungen verknüpft. In einigen Fällen werden antijudaistische Mythen (z.B. die Ritualmord- oder die Brunnenvergiftungslegende) tradiert und aktualisiert. Die Mythen werden, bewusst oder unbewusst, an das aktuelle Weltgeschehen angepasst. Ein Beispiel dafür liefert der in Pandemieeugner:innen-Kreisen beliebte Mediziner Sucharit Bhakdi. Er sagte im Juli 2021 in einem Interview, „die Juden“ hätten im Kontext der COVID-19-Pandemie „das Böse“ gelernt.¹¹ Nun sei Israel die „lebende Hölle“.

Auch die Reichsbürger:innen-Szene, ein durchaus heterogenes Milieu, findet seit 2020 „eine unheimlich gesteigerte Massenwirksamkeit“, so Mathias Woersching von der MBR. Das gelang den sogenannten Reichsbürger:innen durch eine sichtbare und zentrale Präsenz bei den Querdenken-Protesten, nicht zuletzt im August 2020.

„Rechtsesoteriker und Antisemit“

Grundsätzlich ist die Verbreitung (teils antisemitischer) Verschwörungsmymen ein gesamtgesellschaftliches Problem. Die Mythen treten in sämtlichen Milieus der Gesellschaft in Erscheinung. Es handelt sich nicht zuletzt um eine enthemmte Mitte.¹² Im Kontext der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen ist auffällig, dass Menschen aus dem esoterischen und friedensbewegten Milieu besonders stark in Erscheinung getreten sind. Dieses Milieu, das sich durchaus als linksliberal begreift, weist Überschneidungen zur früheren Bewegung der sogenannten Friedensmahnwachen aus dem Jahr 2014 auf. Diese Mahnwachen entstanden vor dem Hintergrund der Ukrainekrise. Damals wie heute ist die Tendenz einer Querfront zwischen linken und rechten Akteur:innen zu beobachten.

Ein Musterbeispiel des Esoterischen und Friedensbewegten ist der rechtsoffene Autor und Influencer Heiko Schrang („Erkennen – Erwachen – Verändern“). Der Buddhist Schrang, der über seine Social Media-Kanäle (u.a. Telegram) und seine Website mehr als 100.000 Menschen erreicht, spricht in seinen Videos über Frieden und Liebe – und über den Dritten Weltkrieg. Er teilt verschwörungsideologische Positionen zur jüdischen Bankiersfamilie Rothschild und zum jüdischen Philanthropen George Soros. Nachdem das Politik-Magazin *Kontraste* ihn in einem Beitrag vom 6. August 2020 einen „Rechtsesoteriker und Antisemiten“ genannt hatte, klagte Schrang gegen die Bezeichnung „Antisemit“. *Kontraste* schrieb im Juli 2021 via Twitter, das Magazin habe in allen Instanzen gewonnen. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main urteilte, es sei legitim und durch die Meinungsfreiheit gedeckt, Schrang als Antisemiten zu bezeichnen. Schließlich gebe es – mit Verweis auf seine antisemitisch-verschwörungsideologischen Aussagen – „ausreichende Anhaltspunkte“, ihn „als Antisemit beurteilen“ zu können. Das Urteil des OLG ist rechtskräftig.¹³

Post-Shoah-Antisemitismus

Offener und ungehemmter als in früheren Zeiten zeigte sich in den letzten beiden Jahren der Post-Shoah-Antisemitismus. Im Hintergrundgespräch erklärt Deborah Hartmann: „Der Post-Shoah-Antisemitismus hat sich in den Nachfolgestaaten des ‚Dritten Reichs‘ herausgebildet. Er bezieht sich auf die Erinnerung an die Shoah und artikuliert sich in einer Abwehr der Erinnerung. Diese Abwehr tritt durch eine Relativierung oder gar Leugnung der Shoah in Erscheinung.“ Die Shoah-Relativierung und -Leugnung zeigen sich oft als Täter-Opfer-Umkehr und münden nicht selten in die Forderung nach einem Schlussstrich der lebendigen Erinnerungs- und Gedenkkultur. „Einzelne Versatzstücke“, stellt Hartmann fest, „finden sich in anderen Erscheinungsformen des Antisemitismus wieder“. So wird die Shoah zum Beispiel auch relativiert, wenn die israelische Politik gegenüber den Palästinenser:innen mit der NS-Politik gegenüber den Jüdinnen:Juden gleichgesetzt wird. Versatzstücke des Post-Shoah-Antisemitismus sind also mit dem israelbezogenen Antisemitismus verwoben.



Der weiße Kreis auf rotem Grund erinnert an die Hakenkreuzflagge, die „totale Hygiene“ an den „totalen Krieg“ der NS-Diktatur. Die Parallelen werden vonseiten der Querdenken-Bewegung bewusst hergestellt. © Grischa Stanjek/democ.

Eine neue Diktatur

Im Kontext der Querdenken-Bewegung und der Demonstrationen gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen werden (teils antisemitische) Verschwörungsideologien mit dem Post-Shoah-Antisemitismus verknüpft. Viele Menschen, die seit Monaten in der Bewegung verankert sind, sind fest überzeugt, in einer „Corona-Diktatur“ zu leben. Diese stehe, so die Überzeugung, auf einer Stufe mit der nationalsozialistischen und/oder der SED-Diktatur. Mit Blick auf die NS-Diktatur, in der sechs Millionen europäische Jüdinnen:Juden entrechtet, verfolgt und ermordet worden sind, behaupten die Querdenker:innen, die Demonstrant:innen seien „die neuen Juden“. Denn: Sie seien, wie einst Jüdinnen:Juden, vermeintlich anders und stünden vor dem Ausschluss, wenn nicht vor ihrer Vernichtung. Dementsprechend tauchen Vergleiche mit Anne Frank auf, die sich vor den Nazis verstecken musste und später in einem Konzentrationslager starb. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, machte im Vorwort des Buchs „Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde“ (2021) auf die Paradoxie aufmerksam, dass die Demonstrant:innen einerseits „den Juden“ in Form der Ideologie einer jüdischen Weltverschwörung zum Täter und andererseits sich selbst in Form absurder Shoah-Vergleiche zum „Juden“ machten.¹⁴ Das Buch gewährt fundierte Einblicke in die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Post-Shoah-Antisemitismus innerhalb der Bewegung.

Deborah Hartmann ist Leiterin der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz (GBHWK). Bis Ende November 2020 arbeitete sie in Yad Vashem, der bedeutendsten Shoah-Gedenkstätte Israels, ehe sie zur GBHWK nach Berlin wechselte. Das Hintergrundgespräch mit ihr fand im Juli 2021 statt

GEDENK- UND BILDUNGSSTÄTTE
HAUS DER WANNSEE-KONFERENZ

Der bayrische Ministerpräsident Markus Söder wurde im Kontext dieser Demonstrationen mit Adolf Hitler („Söldolf“) und der Charité-Institutsdirektor Christian Drost mit dem SS-Arzt Josef Mengele gleichgesetzt. Attila Hildmann behauptete gar, Bundeskanzlerin Angela Merkel sei schlimmer als Hitler. Noch wehre man sich, so die Überzeugung in der Bewegung, gegen die Impfung. Aber man befürchtet eine „Zwangsimpfung“ – die in einen Genozid münde. So sagte der rechte, Querdenken-nahe YouTuber Stefan Bauer im März 2021 vor der KZ-Gedenkstätte Mauthausen: „Wir brauchen kein neues Zyklon B, sei es als AstraZeneca oder als BionTech. Nein, das brauchen wir nicht.“¹⁵ Indem Aktivist:innen wie Bauer von KZs und Zyklon B sprechen, inszenieren sie sich als Opfer und zugleich als Widerstandskämpfer:innen gegen eine (vermeintlich) mörderische Politik. Schließlich seien sie, so sind die Aktivist:innen überzeugt, die einzigen in Deutschland, die sich entschlossen und mutig gegen die „Corona-Diktatur“ stellten. Ihnen drohe der (Märtyrer:innen-)Tod, weshalb sie sich jetzt gegen die Diktatur wehren müssten. Dementsprechend finden sich auch immer wieder Bezüge zu Sophie Scholl von der Widerstandsgruppe Die Weiße Rose. Es ist sicher kein Zufall, dass sich die Querdenker:innen gerade auf diese Widerstandsgruppe, die den studentischen Protest verkörpert, positiv beziehen. Die Weiße Rose ist zu einem deutschen Erinnerungsort geworden. Positive Bezüge auf antifaschistische wie jüdische Widerstandskämpfer:innen sucht man – auch kein Zufall – vergebens.

„Impfen macht frei“ und gelber „Ungeimpft“-Stern

Die Gleichsetzungen werden, so lässt sich 2020/21 auf den Straßen und in den Social Media-Kanälen der Verschwörungsgläubigen beobachten, hemmungs- und skrupellos praktiziert. Ein sichtbares Beispiel ist ein angehängter Stern mit der Inschrift „Ungeimpft“. Seine Optik erinnert an den „Judenstern“ aus dem Nationalsozialismus. Der „Ungeimpft“-Stern ist längst ein Symbol deutscher Geschichtsvergessenheit geworden. Ein weiteres Beispiel liefert der Schriftzug „Impfen macht frei“. Er wird in unzähligen Telegram-Kanälen verbreitet, zielt mittlerweile auch deutsche Städte und erinnert an den Schriftzug „Arbeit macht frei“, der einst am Tor des Konzentrationslagers Auschwitz I stand. In beiden Fällen, am „Impfen macht frei“-Schriftzug und dem „Ungeimpft“-Stern, wird deutlich, welches Ausmaß die Normalisierung antisemitischer Haltungen und die Relativierung der Shoah in der Bundesrepublik schon erreicht haben.



„Impfen macht frei“-Spray in Berlin-Neukölln.
© Nikolas Lelle

Der Post-Shoah-Antisemitismus zeigt sich ebenfalls immer wieder an der Schändung von Gedenk- und Erinnerungsorten, so auch am 10. März 2021 im Brandenburgischen Jamlitz. Die Polizei ermittelt dort gegen drei Personen wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung und des Verdachts der Volksverhetzung. Grund hierfür ist eine Meldung zwei Tage zuvor, dass in der Gedenkstätte Jamlitz (einem Nebenlager des KZ Sachsenhausen) Schmiere-reien und Schriftzüge an mehrere Stelen angebracht worden sind. Auch an einer nahegelegenen Bushaltestelle werden weitere Schriftzüge festgestellt.

Zwar vermutet Deborah Hartmann, die Leiterin der Gedenk- und Bildungsstätte, dass die Intensität des Post-Shoah-Antisemitismus in seiner Geschichte durchaus konstant ist. Aber sie stellt in Anbetracht solcher Vorfälle fest: „Der Post-Shoah-Antisemitismus tritt im Laufe der vergangenen Jahre deutlicher und heftiger in Erscheinung. Schließlich haben sich die Grenzen des Machbaren und Sagbaren in unserer politischen Alltagskultur ausgedehnt. Sie haben sich stark verschoben.“

Moderner Judenhass

Israelbezogener Antisemitismus, Post-Shoah-Antisemitismus und (antisemitische) Verschwörungsideologien sind die sichtbarsten Formen des Antisemitismus im letzten Jahr. Aber sie sind nicht die einzigen. Weiterhin spielt auch der moderne Judenhass eine wichtige Rolle, als „umfassende Weltanschauung, in der alle als negativ empfundenen Elemente der Moderne jüdisch gedeutet werden“, definiert Michael Sulies von der MBR Berlin im Hintergrundgespräch. Das ist ein „Antisemitismus, in dem ‚der Jude‘ als Chiffre gilt für die Zerstörung einer scheinbar natürlichen Ordnung“. Dieser moderne Judenhass war bis 1945 zentral und Staatsdoktrin im nationalsozialistischen Deutschland. Verschwunden ist er seitdem nicht. Er prägt weiterhin auch die anderen Erscheinungsformen des Antisemitismus und führt zunehmend zu Angriffen und verletzendem Verhalten gegen Jüdinnen:Juden. Auch der moderne Judenhass wurde 2021 breiter wahrgenommen und fand so ein ungeahntes Massenpublikum.

Im modernen Judenhass aktualisieren sich alte – antisemitische, teils auch antijudaistische – Stereotype, Denkweisen und Ressentiments: Beispiele sind „der raffgierige Jude“, der „Zersetzer“, die „jüdische Nicht-Arbeit“ oder Formen regressiver Kapitalismuskritik, in denen alle Schuld einer als jüdisch markierten Gruppe zugeschrieben wird. Teils gehen diese Bilder auf den klassischen Judenhass des Antijudaismus zurück, teils auf moderne Formen. Denn seit dem 19. Jahrhundert ist der Antisemitismus rassistisch aufgeladen. „Die Juden“ werden als „Rasse“ vorgestellt, von Adolf Hitler paradigmatisch als „Gegenrasse“ zum „Arier“ konzipiert.

Auch diese rassistische Vorstellung ist nicht verschwunden. Jüdinnen:Juden werden weiterhin als nichtdeutsch, als fremd wahrgenommen. Ein Nachleben des rassistischen Antisemitismus zeigt sich in dem, was die Recherche-



Auch das Cover der Sonderausgabe „Der Spiegel – Geschichte“ von 2019 mit dem Untertitel „Die unbekannte Welt von nebenan“ geriet stark in die Kritik.
© Nikolas Lelle

und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) „Othering“ nennt: „Im antisemitischen Othering werden Jüdinnen:Juden als fremd oder nicht-dazugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nichtjüdische Institutionen oder Personen als ‚Jude‘ beschimpft oder als jüdisch markiert werden.“¹⁶ Im modernen Judenhass sind diese alten Formen des Antisemitismus – wie teils die des Antijudaismus – miteinander verwoben. Sie prägen bis heute das Denken des Rechtsextremismus, ragen aber bis in die Mehrheitsgesellschaft. So wurde im Februar 2021 beispielsweise einem Mann, der durch das Tragen von Kippa und Zizit (Fäden, die am rituellen jüdischen Gebetsmantel Tallit angebracht

sind) als jüdisch erkennbar war, das Wechselgeld in einer Postfiliale in Schewel (der israelischen Währung) zurückgegeben. Er wurde als vermeintlich fremd wahrgenommen und mit Israel identifiziert.

Der Antisemitismus im Rechtsextremismus

Der moderne Judenhass wird insbesondere im rechtsextremen Milieu selbstbewusst und offen nach außen getragen. Beispiele hierfür sind Parteien wie der Dritte Weg oder Die Rechte.

Der Dritte Weg wurde zum „Auffangbecken für langjährige Neonazis und zur Ersatzstruktur für verbotene Kameradschaftsstrukturen“, berichtet die MBR. Am 1. Mai 2021 marschierte die Partei Die Rechte in Nordrhein-Westfalen mit einem Transparent, auf dem stand: „Ob Dortmund, Erfurt oder Buxtehude – der Feind ist und bleibt der Kapitalismus“. Perfide drängt sich der passende Reim auf. Denn auf Buxtehude reimt sich selbstverständlich „der Jude“ und nicht „der Kapitalismus“, sodass die eigentliche Bedeutung geschickt angedeutet wird.

Der Dritte Weg setzt zunehmend auf Straßenaktivismus, nicht zuletzt in Berlin. Die Rechtsextremen verklebten 2021 etwa Plakate und Flyer im Bezirk Neukölln. Im April 2020 veröffentlichte die Partei bereits ein Flugblatt, das die Coronakrise antisemitisch deutet, indem die Profiteure der Krise als „Hochfinanz“ bezeichnet und als jüdisch ausgewiesen werden. Darin heißt es: „Das Leid des ganzen Planeten scheint für diesen jüdischen Spekulanten nur eine Gewinnchance zu sein.“

Grundsätzlich gilt aber, dass die AfD den Neonazi-Parteien das Wasser abgräbt. Die AfD wurde zum „Gravitationszentrum im Feld der extremen Rechten“, so Michael Sulies. Außerdem spielten die Neonazi-Parteien bei den Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen, der sicherlich größten Massenmobilisierung auf der Straße 2020 und 2021, keine sichtbare Rolle.

Aktuelle Debatten

Über Antisemitismus gibt es Streit. Darüber, was antisemitisch ist und was (noch) nicht. Aktuelle Themen sind beispielsweise: Welche Codes sind antisemitisch, welche Positionen zu Israel sind legitim, in welchem Verhältnis steht Antisemitismus zu Rassismus oder die Shoah zum Kolonialismus?

Als Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus betrachten wir auch deshalb Antisemitismus-Debatten in diesem Zivilgesellschaftlichen Lagebild, um eine Einschätzung des Standes der Anti-Antisemitismusbearbeitung abgeben und Problem- und Handlungsfelder aus zivilgesellschaftlicher Sicht verorten zu können. Öffentlich geführte Debatten in Zeitungen, den Sozialen Netzwerken oder in Gesprächsrunden können anzeigen, wo Unklarheiten, Lücken und Herausforderungen bestehen und in welchen Bereichen mehr Engagement gefordert ist. Sie können außerdem aufzeigen, worüber Dissens herrscht und wie die viel beschworene deutsche Erinnerungskultur inhaltlich steht.

Für das letzte Jahr haben wir dafür exemplarisch zwei unterschiedliche Debatten vor Augen: die um Hans Georg Maaßen und die um die Initiative GG5.3 Weltoffenheit.

Damit es keine Missverständnisse gibt: Debatten sind gut und wichtig. Diese verzerrten Debatten aber haben auch negative Auswirkungen, sind oft Teil des Problems und werden teils erbittert geführt: auf verschiedenen Plattformen der Sozialen Netzwerke, in den Feuilletons und Talkshow-Sendungen im Fernsehen. Als Spezialdiskurse von Expert:innen sind sie manchmal schwer nachvollziehbar, und es ist zuweilen schwierig, den Überblick zu behalten. Dabei steht in diesen Debatten viel auf dem Spiel, weswegen wir sie im Folgenden kurz in ihren Kontexten verorten möchten. Worum geht es also?

Oft wird Antisemitismus in Diskussionen kleingeredet, der Antisemitismusvorwurf wiegt dabei schwerer als der antisemitische Vorfall selbst. So wird, das ist unsere These, Antisemitismus normalisiert, was nicht zuletzt Einfluss auf jüdisches Leben in Deutschland hat. Die Verharmlosung des israelbezogenen Antisemitismus angesichts der Demonstrationen im Mai 2021 steht dafür exemplarisch. Sie ist gefährlich, weil sie Positionen normalisiert und als legitim erscheinen lässt, die die Lage von Jüdinnen:Juden in diesem Land verschärfen.

Die Art, wie die Debatten ausgetragen werden, welche Funktionen sie erfüllen und wozu sie beitragen, ist also teils problematisch. Sie normalisieren nicht selten extreme Positionen, verharmlosen Antisemitismus und verschieben das Sagbare. An ihnen lässt sich der Stand der Aufarbeitung der Vergangenheit ablesen, wie das „Nie wieder!“-Credo verstanden wird und sich in Praxis übersetzt. Das Lamento, man dürfe ja nichts gegen Israel sagen, führt beispielsweise dazu, dass immer öfter, lauter und exponierter Positionen vertreten werden, die nach fachlichen Standards als antisemitisch zu bezeichnen sind. Nicht selten richten sich diese Debatten gerade gegen antisemitismuskritische Errungenschaften wie die IHRA- Arbeitsdefinition von Antisemitismus, mit der viele zivilgesellschaftliche Organisationen sinnvoll arbeiten.

Öffentlichkeitswirksame Diskussionen im letzten Jahr drehten sich einerseits – z.B. im Fall Hans-Georg Maaßen – um die Frage, welche Codes und Metaphern bereits antisemitisch sind, andererseits – z.B. bei der Debatte um die Initiative GG5.3 Weltoffenheit – um die (fehlende) Abgrenzung von der BDS-Kampagne und um israelbezogenen Antisemitismus, der sich 2021 wieder als besonders gefährlich zeigte. Dabei wurde und wird die Singularität oder Präzedenzlosigkeit der Shoah ebenso in Frage gestellt wie die Gefahr des israelbezogenen Antisemitismus kleingeredet.

In den Debatten wird dabei mit harten Bandagen gekämpft. So sind denn auch die Vorwürfe harsch. Dies können zwei Beispiele verdeutlichen:

① Den Vertreter:innen der Singularitätsthese wird in der aktuellen Debatte um das Verhältnis der Erinnerung an die Shoah zur Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte etwa Provinzialismus vorgeworfen. Sie würden sich allein auf die Shoah beziehen und dabei die Verbrechen des Kolonialismus ignorieren. Dieses Aussparen sei ein deutscher, eben provinzieller Fokus. Der Vorwurf richtet sich dabei jedoch nicht gegen die deutsche Erinnerungskultur, an der es viel auszusetzen gibt, sondern gegen eine Erinnerungskultur, die in Deutschland überhaupt erst durchgesetzt werden musste. Und zwar in vielen Fällen von Jüdinnen:Juden gegen eine abwehrende deutsche Mehrheitsgesellschaft. Angegriffen wird hier nämlich eine transnationale, ja jüdische Erinnerungskultur, die von Yad Vashem bis zum United States Holocaust Memorial Museum in Washington reicht.

Es gibt selbstverständlich viele sehr legitime Kritikpunkte an der bundesdeutschen Aufarbeitung, davon zeugen zahlreiche spannende und wichtige Auseinandersetzungen der letzten Jahre. Dass diese Auseinandersetzungen, die leider viel zu wenig Raum in der breiten Öffentlichkeit bekommen, den Blick auf die Aufarbeitung der kolonialrassistischen Verbrechen verstellen oder gar in Konkurrenz zu ihr stehen, ist nicht zwingend der Fall. Das anzunehmen ist perfide und kann in letzter Konsequenz zu einer Relativierung der Shoah führen (ohne die Aufarbeitung der Kolonialverbrechen zu befördern).

② Wer sich angeblich nicht „für die Palästinenser:innen“ einsetzt, der sieht sich nicht selten einem Rassismusvorwurf ausgesetzt. Als Beispiel dafür kann die Auseinandersetzung rund um den Berliner Club „://about blank“ gelten. Er verurteilte in einem Instagram-Post die Angriffe auf „Synagogen und israelfeindlichen Parolen“ und stellte sich gegen Antisemitismus. Eine Positionierung des Clubs hinsichtlich der Bombenangriffe aus Israel im Mai 2021 fand wohlgermerkt nicht statt. Trotzdem sah das Team sich dem Vorwurf des antipalästinensischen Rassismus ausgesetzt, weil die Nicht-Positionierung zum Nahostkonflikt als rassistisch gewertet wurde. In der Folge kündigte ein Partykollektiv die Zusammenarbeit mit dem Club auf, und weitere DJs sagten ihre Auftritte ab.

Der Mai 2021, insbesondere die zahlreichen Positionierungen gegen Israel, die zum großen Teil deckungsgleich mit BDS-Forderungen waren, führte zu einer Rehabilitierung der BDS-Kampagne in Deutschland. Weltweit war sie nie ins Hintertreffen geraten. Viele Statements selbst erwähnen die Boykott-Kampagne übrigens nicht, blasen aber in dasselbe Horn und lassen die Forderungen von BDS nur als extremere Variante einer im Prinzip guten Sache aussehen. Aber das sind sie nicht: Diese Boykott-Kampagne führt zu einer Delegitimierung und Dämonisierung Israels. Dabei ist auffällig, dass in der letzten Zeit vielmals die BDS-Bewegung zwar verteidigt und legitimiert wurde, ihre inhaltlichen Positionen und Forderungen weiterhin Verbreitung finden, aber sich niemand selbst als BDS-zugehörig bezeichnet. Auch so können die antisemitischen BDS-Positionen ihre Verbreitung finden und damit normalisiert werden.

Die einseitigen Schuldzuweisungen, das falsche Framing etwa durch den Apartheid-Vergleich, das Infragestellen des Existenzrechts Israels: All das ist unzweideutig antisemitisch.

Worum geht es denn genau?

Hans-Georg Maaßen und „die Globalisten“

Die Klimaaktivistin Luisa Neubauer warf Anfang Mai in dem ARD-Sonntagstalk „Anne Will“ Hans-Georg Maaßen, CDU-Mitglied und -Bundestagskandidat sowie ehemaliger Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz, vor, dass er antisemitische Chiffren und Inhalte weiterverbreite, wobei sie ad hoc kein Beispiel nennen konnte. In den folgenden Tagen entbrannte eine Debatte über den Vorwurf von Luisa Neubauer – und nicht etwa über die Vorfälle. Denn die gibt es, beispielsweise als Maaßen den Code „Globalisten“ in einem Tweet benutzte.¹⁷ Ein großer Teil der Debattenbeiträge, die Neubauers Vorwurf stützten, argumentierte über die Wandlungsfähigkeit des Antisemitismus und sein codiertes Vorkommen und belegte damit, warum es sich um die alte antisemitische Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung handelt, wenn von „Globalisten“ statt von „Juden“ gesprochen wird.

Die Gegenreaktionen waren heftig, sie bestanden aus Abwehr, Relativierung, Instrumentalisierung. Das zeigte sich auch schon in der gesellschaftlichen Debatte über die Coronaleugner:innen-Szene und die Hochkonjunktur der Verschwörungsmysen. Wo nicht offen von „den Juden“ gesprochen wird, soll es sich demnach nicht um Antisemitismus handeln. Dies fällt weit hinter die Antisemitismusforschung zurück: Antisemitismus nutzt schon immer verschiedene Erscheinungsformen und versteckt sich sehr oft in Codes und Metaphern. „Globalisten“ ist einer davon. Wer diesen Codes benutzt, weiß entweder nicht, was er tut, was für einen ehemaligen Verfassungsschutz-Chef kaum gelten kann, oder er spielt damit.



Hans-Georg Maaßens Tweet über „die Globalisten“.
© Screenshot Twitter

Initiative GG5.3 Weltoffenheit und Achille Mbembe

Im Dezember 2020 veröffentlichten eine Vielzahl deutscher Kulturinstitutionen einen Aufruf, in dem sie den Umgang mit der BDS-Kampagne als Beschränkung der Meinungsfreiheit interpretierten. Die Initiative GG5.3 Weltoffenheit führte vor allem die Debatte um die Ruhrtriennale 2020 und die Einladung Achille Mbembes ins Feld, um zu beweisen, dass die Meinungsfreiheit in Gefahr sei. Die unterzeichnenden Institutionen fühlten sich dadurch zu „Angst und Paranoia getrieben“ – dies mache sie anfällig für Selbstzensur.¹⁸

Um diese Intervention zu verstehen, ist relevant zu wissen, dass die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) im Jahr 2016 eine Arbeitsdefinition Antisemitismus veröffentlichte, die seitdem von vielen Staaten und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen benutzt wird. 2017 nahm die Bundesregierung die Arbeitsdefinition der IHRA „in einer erweiterten Form zur Kenntnis“.¹⁹ Im Mai 2019 verurteilte ein Bündnis von Bundestagsfraktionen die BDS-Kampagne als antisemitisch und forderte, keine öffentlichen Gelder mehr an Unterstützer:innen dieser Kampagne zu zahlen. Der Beschluss hat keine rechtliche Bindung, sondern stellt eine politische Meinungsäußerung dar. Auf ihn berief man sich, um eine Ausladung Achille Mbembes von der Ruhrtriennale 2020 zu fordern, wogegen sich diese Initiative nun wendete.

Mbembe ist ein kamerunischer Historiker und Vertreter des Postkolonialismus, der jedoch immer wieder durch eine Nähe zur BDS-Kampagne auffiel: Er schrieb das Vorwort zu einem Sammelband, dessen Erlöse der Organisation *The Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel* zu Gute kamen – und damit einem der Gründungsmitglieder von BDS. Zudem setzte er sich auf einer Konferenz dafür ein, dass eine israelische Wissenschaftlerin eingeladen wurde.²⁰

Der Initiative GG5.3 Weltoffenheit ging es vor allem um die geforderte Ausladung, die die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit gefährde. In der „Mbembe-Debatte“, die später in den „Historikerstreit 2.0“ überging, ausgelöst von Dirk M. Moses, geht es allerdings um mehr: Es geht um die Frage, was die Singularität der Shoah bedeutet, und damit um die Art der Erinnerungskultur. Gegen die hart erkämpfte Shoah-Erinnerung wird eine zu lange vernachlässigte Aufarbeitung der kolonialen Verbrechen in Stellung gebracht. Dieses Gegeneinander nimmt teils bizarre Auswüchse an. Der Elefant im Raum ist allzu oft Israel und die Frage, wie man sich zu diesem Staat stellt.

Die Initiative GG 5.3 Weltoffenheit nutzte die laute Stimme angesehenster Kulturinstitutionen, um zu behaupten, in Deutschland sei die Meinungsfreiheit bedroht. Das ist angesichts eines Jahres, in dem Corona-Leugner:innen dieselbe Behauptung rauf und runter predigten, mindestens ungeschickt. Problematisch ist die Unterstellung, „durch missbräuchliche Verwendungen des Antisemitismusrwurfs“ würden systematisch „wichtige Stimmen beiseite gedrängt und kritische Positionen verzerrt dargestellt“.²¹ Die Debatte um Mbembe, dem antiisraelische und antisemitische Passagen nachgewiesen werden konnten, ist dafür jedenfalls kein gutes Beispiel.

1 Wer über „die Juden“ spricht, konstruiert ein Bild – das einiges über die sprechende Person und wenig über tatsächliche Jüdinnen:Juden aussagt. Deshalb unterscheiden wir hier zwischen „den Juden“ und tatsächlichen Jüdinnen:Juden. Wir möchten verdeutlichen, dass das antisemitische Ressentiment keine Realität, sondern die weltanschauliche Vorstellung der sprechenden Person abbildet. Sprechen wir über das antisemitische Ressentiment vom „gierigen, mächtigen Juden“, gendern wir nicht und setzen die Worte in Anführungszeichen. Sprechen wir über tatsächliche Jüdinnen:Juden, gendern wir mit Doppelpunkt.

2 International Holocaust Remembrance Alliance: Arbeitsdefinition von Antisemitismus (2016): <https://holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>

3 Vgl. JFDA (08.05.2021): <https://youtube.com/watch?v=bjQu1Q1D1Cg>; JFDA (15.05.2021): <https://youtube.com/watch?v=o0C03kZjn9w>; JFDA (14.06.2021): <https://youtube.com/watch?v=INQw9SSTQdQ>

4 Vgl. democ. (16.05.2021): <https://youtube.com/watch?v=IJPkY61xdzY>

5 Vgl. JFDA (26.02.2021): <https://jfda.de/post/antisemitismus-in-hanau-gedenk%C3%BCndnis-sen-eine-kritische-r%C3%BCckschau> sowie Amadeu Antonio Stiftung (19.02.2021): <https://amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/israel-bezogener-antisemitismus-auf-kundgebung-zum-terroranschlag-in-hanau>

6 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung (08.03.2021): <https://amadeu-antonio-stiftung.de/chronik/verherrlichung-einer-antizionistischen-terroristin-am-frauenkampftag>

7 Vgl. Küppers/Zick (15.12.2020) <https://bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/322899/antisemitische-einstellungsmuster-in-der-mitte-der-gesellschaft>

8 Ralf Fischer (01.04.2021): <https://jungle.world/artikel/2021/13/mit-der-beretta-fuer-den-frieden>

9 RIAS Niedersachsen (21.05.2021): <https://facebook.com/RIAS.NDS/posts/116650580630561>

10 Vgl. Wienand, Lars (08.06.2021): https://t-online.de/digital/internet/id_90182384/telegram-kanale-dicht-hetze-von-attila-hildmann-fuer-apple-und-android-gesperrt.html

11 Vgl. Rohwedder, Wulf (14.07.2021): <https://tagesschau.de/investigativ/bhakdi-antisemitismus-101.html>

12 So lautete der Titel der Leipziger Autoritarismus-Studie 2016. Die aktuelle Studie von Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.) findet sich unter: <https://boell.de/de/leipziger-autoritarismus-studie>.

13 Vgl. Kontraste (06.07.2021): <https://twitter.com/ardkontraste/status/1412462753869176834?lang=de>

14 Schuster, Josef (2021): Für einen gesellschaftlichen Klimawandel. In: Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hrsg.): Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde. Freiburg im Breisgau: Verlag Herder, S. 10.

15 Vgl. Baur, Dominik (09.03.2021): <https://taz.de/AfDler-relativiert-den-Holocaust/!5752552>

16 Bundesverband RIAS (2021): https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Deutschland_Jahresbericht_RIAS_Bund_2020.pdf, S. 12.

17 Vgl. Maaßen, Hans-Georg (10.01.2021), <https://twitter.com/hgmaassen/status/1348372161279496196?lang=de>

18 Kilb, Andreas (11.12.2020), <https://faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ueber-die-initiative-gg-5-3-weltoffenheit-17095764.html>

19 bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenzen/regierungspressekonferenz-vom-20-september-848278

20 Vgl. Leemhuis, Remko (28.05.2020): <https://taz.de/Debatte-um-Achille-Mbembe/!5685213>; Cohen, Ben (04.05.2020): algemeiner.com/2020/05/04/despite-passionate-defense-of-academic-freedom-scholar-at-center-of-german-antisemitism-row-campaigned-to-exclude-israeli-professors

21 humboldtforum.org/wp-content/uploads/2020/12/201210_PlaedoyerFuerWelt-offenheit.pdf

Kernbeobachtungen

Das Zivilgesellschaftliche Lagebild Antisemitismus 2021 macht sieben Kernbeobachtungen:

1. Antisemitismus zeigt sich wieder offener, ungehemmter und immer mehr in seiner gewalttätigen Dimension. Die Grenzen des Sagbaren haben sich im letzten Jahrzehnt verschoben und führen zu einer konkreten Gefahrenlage für jüdisches Leben in Deutschland.
2. Antisemitismus äußert sich in verschiedenen Erscheinungs- und Ausdrucksformen, die allesamt erkannt und bekämpft werden müssen. Er zeigt sich in Verschwörungsideologien, in antiisraelischer Agitation, in der alltäglichen Abwertung von Jüdinnen:Juden oder in Angriffen auf Synagogen und jüdische Organisationen. Antisemitismus verbindet unterschiedliche Milieus und Trägergruppen.
3. Die Eskalation zwischen der Hamas und Israel im Mai 2021 oder die Corona-Pandemie sind nur Anlässe für Antisemitismus. Er ist kontinuierlich vorhanden und erfährt in Krisenzeiten „nur“ Konjunktur.
4. Jüdische Gemeinden und Jüdinnen:Juden müssen immer wieder antisemitische Angriffe erleben und erfahren dabei viel zu oft zu wenig Unterstützung von Politik und Justiz, von Ermittlungsbehörden und der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft. Der antisemitische Alltag jüdischen Lebens in Deutschland ist ein Nischenthema, das die wenigsten Teile der Gesellschaft interessiert. Wer jüdisches Leben im Jahr 2021 feiert, muss jüdisches Leben auch schützen.
5. Das Ausbleiben von Gegenrede bis hin zur Unterstützung antisemitischer Einstellungen erfüllt eine Steigbügel-funktion: Egal ob Profiteur:innen, Unterstützer:innen oder Personen, die die Legitimität solcher Positionen rechtfertigen, sie alle sind Teil einer Normalisierung des Antisemitismus.
6. Die Debatten über israelbezogenen Antisemitismus verharmlosen diesen allzu oft. In ihnen wird versucht, pauschale Israelkritik als legitime Meinungsäußerung zu adeln und gegen den so verhassten Antisemitismusvorwurf zu immunisieren. Das führt zu einer Bagatellisierung von Antisemitismus und ist brandgefährlich: Denn Antisemitismus, egal ob offen oder codiert, gegen Israel gerichtet oder nicht, führt zu konkreter Gewalt gegen Jüdinnen:Juden.
7. Seit Jahren stellt sich dem nachhaltig und täglich eine aktive demokratische Zivilgesellschaft entgegen: Mit Gegenrede im Alltag sowie durch Präventions- und Interventionsprojekte. Die zivilgesellschaftlichen Forderungen veralten leider nicht. Wer sich ernsthaft gegen Antisemitismus positioniert, darf es nicht bei Sonntagsreden belassen, sondern muss handeln, und zwar jetzt!

Zivilgesellschaftliche Forderungen

Die *Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus* stellen 14 Forderungen:

Jüdische Perspektiven sichtbar machen!

2021 feiert jüdisches Leben sein 1700-jähriges Bestehen in Deutschland. Jüdinnen:Juden sind ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft, weshalb jüdische Perspektiven – gerade mit Blick auf Antisemitismus – gehört werden müssen. Jüdische Perspektiven und jüdisches Leben sichtbar zu machen, ist Ausdruck einer praktischen Solidarität mit Jüdinnen:Juden.

Schutz von jüdischen Einrichtungen und Betroffenen antisemitischer Gewalt verstärken!

Der Anschlag von Halle (Saale), aber auch die Angriffe auf Synagogen im Zuge der antisemitischen Demonstrationen im Mai 2021 haben gezeigt, wie wichtig der Schutz jüdischer Einrichtungen ist. Es braucht angemessene präventive wie repressive Maßnahmen, um die konkrete Sicherheit und das Sicherheitsgefühl zu stärken. Das betrifft nicht nur Synagogen und jüdische Einrichtungen (z.B. Gemeindezentren und Schulen), sondern auch Gedenkstätten und als jüdisch wahrgenommene Einrichtungen.

Unterstützung von Betroffenen antisemitischer Gewalt fördern!

Opferberatungsstellen müssen ausreichend und zuverlässig finanziell ausgestattet werden. Werden Feindeslisten bekannt, müssen die Betroffenen informiert werden. Auch potenziell Betroffenen müssen Auskunftssperren im Melderegister ermöglicht werden.

Monitoring-Strukturen ausbauen!

Die bestehenden Strukturen zum Monitoring des Antisemitismus, wie die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), müssen weiter ausgebaut werden. Denn Antisemitismus kann nur adäquat bekämpft werden, wenn sein Ausmaß und seine Erscheinungsformen bekannt sind.

Antisemitismus in aller Deutlichkeit benennen!

Antisemitismus äußert sich in vielfältigen Formen, mal codiert, mal offen. Dabei stellt Antisemitismus keine Unterform des Rassismus dar. Es handelt sich um unterschiedliche Phänomene, die sich in Punkten ähneln oder gegenseitig verstärken. Es ist wichtig, Antisemitismus als solchen zu erkennen und in aller Deutlichkeit zu benennen, um ihn entsprechend bekämpfen zu können.

Konsequent gegen rechtsterroristische Gruppierungen vorgehen!

Die journalistischen Enthüllungen von rechtsterroristischen Gruppierungen wie der Gruppe S. sind ein Beleg dafür, dass Neonazis, die u.a. Jüdinnen:Juden zur Zielscheibe haben, oftmals ungestört im Untergrund agieren können. Um den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland zu gewährleisten, muss konsequent gegen rechtsterroristische Gruppierungen, die Feindeslisten anlegen und sich auf den „Tag X“ vorbereiten, vorgegangen werden. Hierzu ist eine umfassende Aufklärung notwendig. Vor allem Enthüllungen von Journalist:innen und antifaschistischen Recherchenetzwerken zeigen immer wieder, dass Neonazis u.a. Jüdinnen:Juden zur Zielscheibe machen und oft unbehelligt im Untergrund Straftaten vorbereiten.

Organisationen wie Hamas, PFLP und Graue Wölfe verbieten! Keine Förderung legalistischer Organisationen des Islamismus!

Deutschland und Europa dürfen weder Rückzugsort noch Finanzierungsquelle für terroristische und islamistische Organisationen sein, die Jüdinnen:Juden sowie den Staat Israel bedrohen. Zudem dürfen islamistische Strukturen keinen direkten oder indirekten Einfluss auf die Inhalte von Schulunterricht, Hochschullehre und -forschung erhalten. Sowohl dschihadistische als auch legalistische Strömungen des Islamismus müssen hierbei konsequent in den Blick genommen werden.

Antisemitismus in der Linken nicht verharmlosen!

Auch in der gesellschaftlichen Linken und in sich als progressiv verstehenden Milieus gibt es antisemitische Ressentiments, die nicht verharmlost werden dürfen. Zuletzt zeigte sich im Mai 2021, wie Ressentiments zu Bündnissen mit antisemitischen Akteur:innen oder auch zu Gewaltanwendungen gegen Jüdinnen:Juden bzw. gegen antisemitismuskritische Linke führen können.

BDS-Kampagne boykottieren und als Gefahr ernstnehmen!

BDS-Unterstützer:innen sind sehr heterogen, von friedlich bis militant. Nicht alle kennen die genauen Ziele der BDS-Kampagne. Daher muss klar erläutert werden: Wer BDS unterstützt, befürwortet eine Kampagne zur Abschaffung Israels. BDS sollte daher boykottiert werden: Vertreter:innen und Unterstützer:innen der Kampagne sollte kein Podium geboten werden, mit BDS sollten keine Bündnisse eingegangen werden.

Schulungen von Gerichten und Polizei zum Umgang mit Antisemitismus ausweiten!

Die Duldung antisemitischer Parolen bei Demonstrationen der letzten Jahre führt uns vor Augen, dass in vielen Fällen eindeutig antisemitische – und teils strafbare – Parolen nicht erkannt bzw. verfolgt werden. Gerichte und Polizei müssen umfassend in die Lage versetzt werden, derartige Äußerungen bereits im Vorfeld von Demonstrationen durch Auflagen verbieten sowie im Rahmen von Veranstaltungen erkennen und entsprechend intervenieren zu können.

Arbeit der demokratischen Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus sichern!

Zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen muss die Arbeit demokratischer Initiativen gegen Antisemitismus nachhaltig gefördert werden. Das gilt insbesondere für den ländlichen Raum. Demokratieprojekte müssen langfristig finanziell gesichert und mit Blick auf Bedrohungen die Sicherheit der Träger und Mitarbeiter:innen gewährleistet werden, um Antisemitismus nachhaltig etwas entgegensetzen zu können und die Konjunkturen zu ahnen, bevor es zu spät ist.

Antisemitismus und Rassismus nicht gegeneinander ausspielen!

Eine reflexhafte Antwort auf die antiisraelischen Demonstrationen im Mai 2021 war die teils rassistische Debatte über „importierten Antisemitismus“. Antisemitismus zu kritisieren oder zu verurteilen, darf nicht dafür benutzt werden, dem Rassismus freien Lauf zu lassen. Umgekehrt gilt: Im Namen des Antirassismus darf Antisemitismus weder verharmlost noch verbreitet werden. Wir fordern alle auf, gegen jeden Rassismus und gegen jeden Antisemitismus einzustehen.

Medienkompetenzen stärken!

In Zeiten der COVID-19-Pandemie hat der Glaube an antisemitische Verschwörungsmymen stark zugenommen. Notwendig ist eine flächendeckende Stärkung der Medienkompetenz mit dem Ziel, autoritäre Ideologien und Verschwörungsmymen erkennen und hinterfragen zu lernen. Hier spielt die Schule eine entscheidende Rolle, aber auch erwachsene Menschen müssen im Umgang mit Fake News gestärkt werden.

Antisemitische Hassrede im Netz bekämpfen!

In den vergangenen Jahren wurden bereits einige Schritte unternommen, um Hassrede im digitalen Raum einzudämmen. Das konsequente Deplatforming hat sich als effiziente Maßnahme erwiesen. Ergänzend muss zivilgesellschaftliche Gegenrede gefordert, geübt und gelebt werden.

Verschwörungsmythen, Shoah-Relativierungen und Dämonisierung Israels

Antisemitismus in Deutschland 2020/21

Bianca Loy und Daniel Poensgen
Bundesverband der Recherchen- und
Informationsstellen Antisemitismus

Um ein realistisches Bild vom Antisemitismus und den Formen, in denen er in den vergangenen Monaten in Deutschland geäußert wurde, zu erhalten, lohnt ein Blick auf konkrete antisemitische Vorfälle.

Im März 2020 stand eine Frau vor einem Antiquitätengeschäft in Berlin. Der erste Lockdown zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie hatte bereits begonnen, und sie äußerte ihr Bedauern über die Schließung des Geschäfts. Dies hörte offenbar ein vorbeilaufender Mann und sprach die Frau unvermittelt an: „Der Virus ist doch sowieso nur eine Erfindung der Juden, und eigentlich könnte das Geschäft auch öffnen.“ Die Frau fragte ihn daraufhin kritisch, wie er denn darauf käme, und fügte hinzu, dass das so nicht stimme. Sofort wurde der Mann aggressiv: Er beschimpfte die Frau als „dreckige Judensau“ und „dreckige Ausländerin“.

Ein anderer Fall, ein gutes Jahr später: Im Mai 2021 fotografierte ebenfalls in Berlin eine Frau ein Plakat, das für einen palästinensischen und islamistischen Kampagnentag warb, den sogenannten Nakba-Tag. Die Frau trug dabei eine Kette mit einem Davidstern-Anhänger. Auch hier war es ein Mann, der dies zum Anlass nahm, die Frau antisemitisch zu beleidigen. Er schrie: „Fick Dich, Judenschlampe!“

Derartige Vorfälle, die dem Bundesverband RIAS und den in ihm organisierten regionalen Meldestellen gemeldet wurden¹, finden in der Regel keine größere mediale Beachtung. Anders als eine Reihe von Protesten und Demonstrationen, in deren Rahmen es zu antisemitischen Äußerungen kam:



Die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus führen eine Chronik antisemitischer Vorfälle.
amadeu-antonio-stiftung.de/chronik



Überblick antisemitischer Vorfälle

vom 9. bis 24. Mai 2021

9. Mai 2021

1 Bedrohung,
1 Versammlung,
3 Fälle sonstigen verletzenden
Verhaltens

Am selben Tag, an dem die Frau im oben beschriebenen Vorfall in Berlin aufgrund ihres Davidstern-Anhänger antisemitisch beleidigt wurde, zogen in Gelsenkirchen ca. 200 Personen vor die Synagoge, um dort Parolen wie „Scheiß Juden“, „Kindermörder Israel“ und andere zu skandieren. Bei einer Querdenken-Demonstration Anfang November 2020 in Leipzig kam es gleich zu mehreren Aussagen, die dem Post-Shoah-Antisemitismus zuzuordnen sind. So trug ein Demonstrant ein Abzeichen mit der Aufschrift „Ich bin ein Covidjud“; ein Flyer wurde verteilt, der das Tor zum KZ Auschwitz zeigt, versehen mit der veränderten Aufschrift „Impfen macht frei“.

Die Beispiele zeigen: Die COVID-19-Pandemie und die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hamas sowie anderen palästinensischen Terrororganisationen im Gazastreifen wurden zuletzt in Deutschland von vielen als Anlass genutzt, Antisemitismus offen zu artikulieren – insbesondere bei Versammlungen. Sie zeigen aber auch, dass sich dies nicht auf Demonstrationen und Proteste beschränkt, sondern insbesondere Jüdinnen:Juden in ganz alltäglichen Situationen antisemitisch konfrontiert werden. Um etwas darüber auszusagen, wie sich Antisemitismus in den vergangenen Monaten gezeigt hat, soll im Folgenden kurz Antisemitismus im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie sowie israelbezogener Antisemitismus im Mai 2021 dargestellt werden.

Verschwörungsmythen und Shoah-Relativierung: Antisemitismus mit Bezug zur Pandemie

Die COVID-19-Pandemie hat auf vielschichtige und zum Teil gegenläufige Art Antisemitismus, Gelegenheitsstrukturen für die Äußerungen antisemitischer Inhalte und die Arbeit gegen Antisemitismus beeinflusst: So beobachtete der Bundesverband RIAS von Beginn der Pandemie an das Aufkommen unterschiedlicher antisemitischer Mythen zur Entstehung und Verbreitung des Coronavirus, aber auch zu den staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Auch antisemitische Verschwörungsmythen, die bereits unabhängig von der Pandemie existierten wie beispielsweise der QAnon-Mythos, fanden insbesondere in den ersten Monaten der Pandemie zahlreiche neue Anhänger:innen. Zudem wirkten sich die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auf verschiedene Weise auch auf antisemitische Vorfälle aus: Durch die weitgehende Einschränkung des öffentlichen Lebens in vielen Bereichen kam es an spezifischen Tatorten wie dem ÖPNV, in Kneipen oder Fußballstadien folgerichtig auch zu deutlich weniger antisemitischen Vorfällen. Schließlich erschwerten die Kontaktbeschränkungen in Zeiten des Lockdowns aber auch die Arbeit gegen Antisemitismus, da beispielsweise der vertrauensvolle Kontakt zu Betroffenen-Communities nur schwer aufrechterhalten werden konnte.

10. Mai 2021

- 1 gezielte Sachbeschädigung,
- 1 Bedrohung,
- 1 Versammlung,
- 2 Fälle sonstigen verletzenden Verhaltens,
- 1 Massenzuschrift

11. Mai 2021

- 1 gezielte Sachbeschädigung,
- 2 Bedrohungen,
- 3 Versammlungen,
- 13 Fälle sonstigen verletzenden Verhaltens,
- 1 Massenzuschrift

12. Mai 2021

- 3 gezielte Sachbeschädigungen,
- 2 Bedrohungen,
- 6 Versammlungen,
- 12 Fälle sonstigen verletzenden Verhaltens

Im ersten Jahr der Pandemie haben der Bundesverband RIAS und die in ihm organisierten regionalen Meldestellen im Zeitraum vom 17. März 2020 (dem Beginn der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Deutschland) bis zum 17. März 2021 insgesamt 561 antisemitische Vorfälle mit Bezug zu COVID-19 erfasst.² Diese lassen sich wie folgt nach Vorfällen aufschlüsseln:

Antisemitische Vorfälle mit Bezug zur Covid-19-Pandemie

17. März 2020 – 17. März 2021

Vorfallart	Anzahl
Gezielte Sachbeschädigung	2
Bedrohung	7
Verletzendes Verhalten (davon Versammlungen)	508 (324)
Massenzuschriften	44

*von RIAS erfasst

Von derartigen antisemitischen Vorfällen waren im gewählten Zeitraum insgesamt 113 Jüdinnen:Juden direkt betroffen. Das bestätigt, was ebenfalls Untersuchungen der Erfahrungen von Jüdinnen:Juden mit Antisemitismus nahelegen: Antisemitische Verschwörungsmethoden werden häufig auch direkt an Betroffene herangetragen. Insbesondere für Jüdinnen:Juden sind antisemitische Deutungen des Pandemiegeschehens zum Bestandteil eines Antisemitismus als alltagsprägende Erfahrung geworden.

Dennoch unterscheiden sich diese Vorfälle deutlich vom Antisemitismus, wie ihn RIAS sonst beobachtet. Demonstrationen mit antisemitischen Äußerungen sind unter den Vorfällen mit Pandemiebezug die am häufigsten dokumentierte Vorfallform. Antisemitische Angriffe und Bedrohungen, die RIAS gemeldet wurden, hatten hingegen nie oder nur sehr selten einen Bezug zur Pandemie. Auch in Hinblick auf die inhaltliche Ausprägung der antisemitischen Vorfälle gibt es Unterschiede: Stereotype des modernen sowie des Post-Shoah-Antisemitismus dominieren in ihnen deutlich, während jene des israelbezogenen Antisemitismus oder des antisemitischen Othering, die in anderen Kontexten in den von RIAS erfassten Artikulationen eine große Rolle spielen, nur selten erfasst wurden. Konkret bedeutet das: Die Pandemie führte dazu, dass antisemitische Shoah-Relativierungen sowie antisemitische Verschwörungsmethoden mit Beginn der Pandemie verstärkt geäußert wurden.

13. Mai 2021

9 gezielte Sachbeschädigungen,
1 Bedrohung,
4 Versammlungen,
9 Fälle sonstigen verletzenden Verhaltens

14. Mai 2021

2 Angriffe,
1 gezielte Sachbeschädigung,
8 Versammlungen,
11 Fälle sonstigen verletzenden Verhaltens

15. Mai 2021

5 Angriffe,
1 gezielte Sachbeschädigung,
6 Bedrohungen,
30 Versammlungen,
16 Fälle sonstigen verletzenden Verhaltens,
1 Massenzuschrift

Israelbezogener Antisemitismus im Mai 2021

Deutlich andere Formen des Antisemitismus zeigten sich hingegen im Mai 2021. Vor dem Hintergrund des verstärkten Beschusses des israelischen Staatsgebiets aus dem Gazastreifen durch palästinensische Terrororganisationen wie die Hamas und der militärischen Reaktion Israels darauf mobilisierten auch in Deutschland zahlreiche Akteur:innen zu Protesten, auf denen es antisemitische Äußerungen gab. Auch auf Social Media kam es zu einer Vielzahl antisemitischen verletzenden Verhaltens und sogar zu Bedrohungen. Die so verbreiteten antisemitischen Stereotype waren trotz des Israelbezugs, der ihnen gemeinsam war, durchaus verschieden.

Der Bundesverband RIAS und die in ihm organisierten Meldestellen beobachteten in der Hochphase bis kurz nach dem Waffenstillstand am 21. Mai ein verstärktes Aufkommen antisemitischer Vorfälle. So erfasste RIAS zwischen dem 9. und 24. Mai 2021 insgesamt 261 antisemitische Vorfälle, die im direkten Zusammenhang mit der Situation im israelisch-palästinensischen Konflikt standen. Unter den 261 Vorfällen waren 10 Angriffe, 22 gezielte Sachbeschädigungen und 18 Bedrohungen.

Viele Vorfälle erfasste RIAS in diesem Zeitraum insbesondere am 15. Mai, auf den auch der palästinensische und islamistische Kampagnentag gegen die Staatsgründung Israels, der Nakba-Tag, fiel. Nahezu bundesweit kam es zu einer Vielzahl antiisraelischer Versammlungen. In der Zeit vom 9. bis zum 24. Mai dokumentierte RIAS auf 76 Versammlungen zur Situation in Israel und den palästinensischen Gebieten antisemitische Inhalte in Reden und Parolen sowie auf Schildern und Transparenten. Neben dem die Versammlungen prägenden israelbezogenen Antisemitismus wurden 32 Fälle von Post-Shoah-Antisemitismus, zehn Fälle von Antijudaismus und sieben Fälle von modernem Antisemitismus bekannt.

Die Versammlungen zeigten, wie verbindend der israelbezogene Antisemitismus sein kann: Aus unterschiedlichen Spektren kamen Akteur:innen zusammen, um gemeinsam ihren Hass auf Israel und Jüdinnen:Juden zu verbreiten. Trotz einiger Distanzierungsversuche demonstrierten linke Gruppen gemeinsam mit Islamist:innen und beispielsweise türkischen Nationalist:innen.

Antisemitische Vorfälle mit Bezug zu Israel

9. Mai – 24. Mai 2021

Vorfallart	Anzahl
Angriffe	10
Gezielte Sachbeschädigung	22
Bedrohung	18
Verletzendes Verhalten	204
Massenzuschriften	7

16. Mai 2021

1 gezielte Sachbeschädigung,
2 Bedrohungen,
4 Versammlungen,
18 Fälle sonstigen verletzenden Verhaltens,
2 Massenzuschriften

17. Mai 2021

1 gezielte Sachbeschädigung,
2 Bedrohungen,
1 Versammlung,
10 Fälle sonstigen verletzenden Verhaltens,
1 Massenzuschrift

18. Mai 2021

1 gezielte Sachbeschädigung,
1 Versammlung,
8 Fälle sonstigen verletzenden Verhaltens,
1 Massenzuschrift

Von den Versammlungen gingen in zahlreichen Fällen antisemitische Vorfälle aus, die sich direkt insbesondere gegen als politische Gegner:innen identifizierte Personen richteten. Neben mehreren Fällen, in denen Teilnehmer:innen proisraelischer oder antisemitismuskritischer Versammlungen beispielsweise als „Kindermörder“ beschimpft wurden, kam es am 15. Mai in Oldenburg aus einer antiisraelischen Versammlung heraus zu einem besonders bedrohlichen Szenario: Ein Teilnehmer der Versammlung fuhr mit dem Auto nah an die proisraelische Gegenkundgebung heran, ließ mehrfach den Motor aufheulen, um so zu tun, als würde er die Demonstrant:innen überfahren wollen.

Von den Vorfällen waren aber auch jenseits des Versammlungsgeschehens Jüdinnen:Juden und Personen, die für solche gehalten wurden, betroffen. So am 13. Mai in Augsburg: Der Betroffene, der einen Anstecker mit der Aufschrift „Gegen jeden Antisemitismus – Solidarität mit Israel“ trug, war im Bus unterwegs, als er von fünf Jugendlichen beschimpft und mit den Worten „Scheiß Juden, gut, dass Hitler die Juden vergast hat“ angeschrien wurde. Vorfälle wie dieser – in alltäglichen Situationen von Angesicht zu Angesicht – werden von den Betroffenen oft als besonders bedrohlich wahrgenommen.

Wandelnde Gelegenheitsstrukturen – konstanter Antisemitismus

Medial vermittelte Ereignisse, öffentliche Debatten um Antisemitismus, mit Ressourcen ausgestattete Akteur:innen, das Verhalten von Sicherheitsbehörden – all dies sind Faktoren, die antisemitische Äußerungen auch losgelöst von der Verbreitung antisemitischer Einstellungen wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher machen. Diese Gelegenheitsstrukturen, die sich sowohl im Zuge der COVID-19-Pandemie als auch mit den Entwicklungen in Israel und den palästinensischen Gebieten veränderten, zeigen, dass Menschen je nach Anlass verschiedene antisemitische Stereotype äußern. Auffallend war im Jahr 2020 und im ersten Halbjahr 2021, dass es zwischen den beiden großen antisemitischen Mobilisierungen kaum Überschneidungen gab. Ein Demo-Wochenende Ende Mai lockte trotz bundesweiter Mobilisierung nur wenige Querdenker:innen nach Berlin – der Rechtsextremismus-Experte Olaf Sundermeyer sprach vom „Ende der ‚Querdenker‘, wie wir sie kennen“.³ Eine Woche zuvor hatten die antiisraelischen Proteste ihr bisheriges bislang größtes Ausmaß erreicht. Und auch wenn mittlerweile klar ist, dass vom Ende der verschwörungsideologischen Corona-Proteste noch nicht die Rede sein kann, haben sich beide Dynamiken nicht miteinander verbunden: Die Angriffe auf Israel waren für die Querdenker:innen kein Thema,

19. Mai 2021

1 Versammlung,
4 Fälle sonstigen verletzenden
Verhaltens

20. Mai 2021

2 Angriffe,
2 Versammlungen,
5 Fälle sonstigen verletzenden
Verhaltens

21. Mai 2021

1 gezielte Sachbeschädigung,
1 Bedrohung,
1 Versammlung,
6 Fälle sonstigen verletzenden
Verhaltens

antisemitische Verschwörungsmythen mit Bezug zur Pandemie spielten wiederum nur eine geringe Rolle für die Demonstrierenden der antiisraelischen Versammlungen. Diese Entwicklung bestätigt den Eindruck, den viele Interviewpartner:innen in Gesprächen schildern, die der Bundesverband RIAS mit Vertreter:innen insbesondere jüdischer Institutionen und Gemeinden geführt hat: Sie sind mit Antisemitismus aus unterschiedlichsten politisch-weltanschaulichen Spektren konfrontiert. Anlässlich antijudaistischer Stereotype, mit denen ein:e Befragte:r konfrontiert war, überlegte die Person im Gespräch mit RIAS:

„[...] Wo ich dann auch dachte, ja irgendwie, wir haben die Nazis, die uns hassen, wir haben die Linken, die uns hassen, wir haben die Islamisten, die uns hassen, und wenn dann noch so ein paar Christen kommen und uns erklären, wir müssten jetzt unseren rachsüchtigen Gott überwinden, [...] dann ist es einfach deprimierend.“⁴

So zeigen die Mobilisierungen anlässlich der COVID-19-Pandemie 2020 und der Entwicklungen im israelisch-arabischen Konflikt 2021, dass es umso mehr gilt, Gelegenheitsstrukturen des Antisemitismus zu brechen – eines Antisemitismus, der die Betroffenen häufig in ganz alltäglichen Situationen ereilt.

1 Aufgrund der Arbeitsweisen des RIAS-Bundesverbands und der in ihm organisierten regionalen Meldestellen aus Bayern, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, der Servicestellen SABRA in NRW und LIDA Schleswig-Holstein fließen in diesen Artikel insbesondere Analysen zum Jahr 2020 und zu einzelnen Ereignissen und Zeiträumen aus dem Jahr 2021 ein.

2 Eine ausführliche Darstellung zu antisemitischen Verschwörungsmythen während des ersten Jahrs der Covid-19-Pandemie findet sich in der Studie „Antisemitische Verschwörungsmythen in Zeiten der Coronapandemie: Das Beispiel QAnon“, die der Bundesverband RIAS im Auftrag des American Jewish Committee Berlin Ramer Institute erstellt hat: ajcgermany.org/system/files/document/Antisemitische%20Verschw%C3%B6rungsmythen%20in%20Zeiten%20der%20Coronapandemie.pdf

3 Sundermeyer, Olaf (25.05.2021): Das Ende der „Querdenker“, wie wir sie kennen, rbb24.de/politik/thema/corona/beitraege/2021/05/analyse-querdenker-bewegung-demonstrationen-berlin-pfingsten.html

4 Bundesverband RIAS: Problembeschreibung: Antisemitismus in Baden-Württemberg, report-antisemitism.de/documents/Problembeschreibung%20-%20Antisemitismus%20in%20Baden-W%C3%BCrtemberg%20-%20Bundesverband%20RIAS.pdf, S. 35.

22. Mai 2021

1 Angriff,
11 Versammlungen,
4 Fälle verletzenden Verhaltens

23. Mai 2021

1 Versammlung,
6 Fälle verletzenden Verhaltens

24. Mai 2021

2 gezielte Sachbeschädigungen,
1 Versammlungen,
1 Fall sonstigen verletzenden Verhaltens

„Es gibt eine steigende Bereitschaft, antisemitisch motivierte Gewalttaten zu begehen.“

Gespräch mit Marina Chernivsky

Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment, OFEK e. V.



Marina Chernivsky, Leiterin des Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment und Geschäftsführerin von OFEK e. V. © Alexander Hislop

Im Kontext der antiisraelischen Demonstrationen und der Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen wurden 2021 in vielen deutschen Städten antisemitische Botschaften und Gewalttaten dokumentiert. Marina Chernivsky ist Leiterin des Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment und Geschäftsführerin von OFEK e. V., einer Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung. Mit ihr sprachen die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus über die Auswirkungen des Antisemitismus auf jüdische Gegenwart und die jüngsten Antisemitismus-Debatten.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus Was haben Sie im letzten Jahr an Veränderungen und Entwicklungen des jüdischen Lebens wahrgenommen?

Marina Chernivsky *Das ist immer eine schwer zu beantwortende Frage, weil sich zuerst die Frage nach dem Status quo stellt. Ich glaube, dass sich grundsätzlich nicht viel verändert hat. Es gab und gibt eine komplexe Beziehung zu Jüdinnen und Juden hier, und sie ist von antisemitischen Zwischentönen geprägt. Die Schwelle zur offenen Gewaltausübung ist niedrig, da der Hass auf und die Ablehnung von Judentum und Jüdischem implizit legitimiert ist. Es gibt hinreichend Indizien dafür, dass sich das in den letzten Jahren verdichtet hat. Die kriminalpolizeilichen und zivilgesellschaftlichen Statistiken verzeichnen einen Anstieg von antisemitischen Gewalttaten. Neu sind jedoch die Formen der Dokumentation und Erfassung, aber auch die verstärkte Thematisierung dieser Dynamiken durch Jüdinnen und Juden selbst.*

Melden sich die Beratungssuchenden bei Ihnen aus konkreten Anlässen oder auch aufgrund des momentan vorherrschenden gesellschaftlichen Klimas?

OFEK als Beratungsstelle, die sich auf Antisemitismus spezialisiert und Community-nah arbeitet, ist prädestiniert dafür, dass die Ratsuchenden sich wegen eines konkreten Anlasses bei der Hotline oder auch direkt beim Beratungsteam melden. Gleichwohl wenden sich Menschen an uns, weil sie oftmals einfach nicht wissen, wohin mit ihrer Wut und ihren Fragen. Viele sind es gewohnt, dass ihre Erfahrungen mit Antisemitismus nicht ernstgenommen werden. Durch Antisemitismus sind sie in der Ausübung ihrer Menschenrechte beeinträchtigt, und ihnen bleiben Grundfreiheiten verwehrt. Deshalb ist OFEK eine Beratungsstelle, aber auch ein Ort für Stärkung und Wiederherstellung der Handlungsmacht sowie für die Durchsetzung ihrer Rechte.

Herrscht in der jüdischen Community eine hohe Meldebereitschaft vor, antisemitische Vorfälle zu berichten?

Menschen, die Gewalt erfahren, brauchen ein solidarisches Umfeld, das ihnen zuhört und ihre Perspektiven ernstnimmt. Wird Antisemitismus gesellschaftlich nicht eingeordnet oder bagatellisiert, sehen sich Menschen, die Antisemitismus erfahren, auf sich allein gestellt. Es gibt daher diese Tradition, dass antisemitische Erfahrungen untereinander – in der Familie, in der Gemeinde, mit Freunden – besprochen und verarbeitet werden. Nach dem Anschlag in Halle und den medial öffentlich gewordenen Vorfällen gibt es ein wenig mehr Sichtbarkeit für Antisemitismus als Gewalt- und Diskriminierungskategorie. Die Rechtssicherheit und der Schutz von jüdischen Einrichtungen werden zunehmend diskutiert; so auch die Frage des Antisemitismus an Schulen. All das sind punktuelle Debatten, aber sie machen auf das Problem Antisemitismus aufmerksam und helfen Menschen, ihre eigenen Erfahrungen doch etwas lauter zu versprachlichen. Durch unsere Arbeit an und mit Gemeinden, Sicherheitsbehörden, Staatsanwaltschaft, Schulen, durch die Arbeit von RIAS und anderen engagierten Organisationen steigt die Bereitschaft der Community, Fälle zu melden und sich auch beraten zu lassen.

Haben die antiisraelischen Demonstrationen im Mai 2021 rund um die Eskalation im Nahen Osten bei Beratungsgesprächen auch eine Rolle gespielt?

Ja, das kam noch obendrauf. Die Beratungsanfragen haben sich verdoppelt und die Nachfrage lässt nicht nach. Es sind vielleicht auch wichtige Wendepunkte, die sich auf das kollektive Verständnis von Bedrohung einerseits und die Erkenntnis der eigenen Handlungsmacht andererseits auswirken. Der Nachhall des Anschlags in Halle in Verknüpfung mit der andauernden Belastung durch die Pandemie und der Verschärfung antisemitischer Gewalt im Zuge der Eskalation zwischen Israel und Hamas hat womöglich die Barrieren überflutet. Wenn Menschen ihre Fälle melden oder Beratung in Anspruch nehmen, heißt es, dass sie kämpfen und sich dieser Bedrohung und Fremdbestimmung aktiv und laut widersetzen.

Beeinflussen die Antisemitismus-Debatten der letzten Jahre die Beratungsarbeit bei OFEK?

Selbstverständlich ist das alles sehr bedeutsam für die Ausrichtung der Beratungsarbeit bei OFEK. Wir stoßen auch Debatten aktiv an und beteiligen uns im Kompetenzzentrum und bei OFEK an diesen Entwicklungen. Unser Ziel ist die Diskussion, um Antisemitismus aus dem leeren Sprechen herauszuholen. Es muss substanzieller werden, und die Professionalisierung von Akteur:innen muss voranschreiten. Das Bewusstsein dafür muss wachsen, dass Antisemitismus keine abstrakte Einstellung ist, sondern ein Gewaltverhältnis mit nachhaltigen Effekten für die Betroffenen. Gleichwohl darf die Verantwortung für die Veränderung nicht auf die Community verschoben werden. Es gibt immer wieder die Tendenz in Leitmedien, Jüdinnen und Juden als Opfer darzustellen. Diesem Narrativ müssen wir entgegenwirken.

Wenn ich das richtig verstanden habe, sagen Sie: Debatten wie die über Achille Mbembe oder die Initiative GG 5.3 Weltoffenheit bereichern in Ihren Augen den zivilgesellschaftlichen Diskurs?

Durch jede Debatte öffnen sich neue Türen zu weiteren diskursiven Strängen. Das öffentliche Sprechen kann verbinden, hat aber auch ein Spaltungspotenzial. Die sogenannte Debatte hat den Weg dafür geebnet, über theoretische und praktische Verwobenheiten wie auch über Differenzen von Rassismus und Antisemitismus, über die Rolle und Verbreitung des Antizionismus ins Gespräch zu kommen. Es haben sich auch Allianzen gebildet, wie es am Beispiel des Projekts vom Kompetenzzentrum und der Stiftung EVZ in Kooperation mit EOTO deutlich wird.

In den letzten Jahrzehnten wurde in Antisemitismus-Debatten auch behauptet, Jüdinnen:Juden seien beim Thema Antisemitismus befangen und könnten deshalb keine objektiven Erkenntnisse erzeugen, wenn sie zu Antisemitismus forschen. Wie werten Sie diese Aussage?

Da möchte ich gleich mal mit einigen Gegenfragen reagieren: Können wir über Antisemitismus ausschließlich neutral und objektiv sprechen? Gibt es eine:n Forscher:in ohne die Zwänge, den Einfluss seiner:ihrer (kollektiv-) biografischen Genese? Die Entwicklung der kritischen Sozialwissenschaft seit den 1970er Jahren widerspricht hier maßgeblich. Deshalb frage ich mich, wie es heute noch Forscher:innen geben kann, die behaupten, sozialwissenschaftliche Phänomene zu erkunden, ohne dabei den gesellschaftlichen Raum, in dem sie forschen, und dessen Geschichte mit einzubeziehen. Die Behauptung, jüdische Forscher:innen auf dem Bereich der Antisemitismusforschung wären befangen, ist in diesem Kontext betrachtet nicht nur Unfug, sondern einfach antisemitisch.

Was müsste sich aus Ihrer Sicht verändern, damit die Beratungsarbeit von OFEK sich weiterentwickeln kann?

Es sollte akzeptiert werden, dass die parteiische und Community-nahe Beratung, Begleitung und Unterstützung von Betroffenen grundsätzlich wichtig und unabdingbar ist. Jede Gemeinschaft hat ihre eigene Geschichte mit Gewalt. Es ist sehr wichtig, dass in der Beratung diese Aspekte sensibel adressiert sind. Der Beratungsraum darf Antisemitismus nicht reproduzieren. Die Beratung von Menschen, die Verfolgung und Exil in sich tragen und heute nach wie vor mit Diskriminierung konfrontiert sind, darf nicht nur individual-psychologische Faktoren einbeziehen, sondern muss die Vorfälle stets gesellschaftspolitisch und (auch) historisch einordnen. Gleichzeitig muss ein Bewusstsein dafür entstehen, dass es politisch und praktisch einige Versäumnisse gegeben hat. Dass Antisemitismus eine Wirkung auf Jüdinnen und Juden hat, war lange nicht sichtbar.

Mit Jugendlichen an Anne Frank erinnern

Herausforderungen im Kontext der COVID-19-Pandemie

Robert Zenker und Veronika Nahm
Anne Frank Zentrum

In seinen verschiedenen Vermittlungsformaten für Jugendliche arbeitet das Anne Frank Zentrum zentral mit dem biografischen Ansatz. Die Jugendlichen lernen eine Biografie in der Geschichte kennen und setzen sich dabei mit ihrer eigenen Identität auseinander. Im Kontext der Pandemie ergaben sich hier neue Herausforderungen.

Im Zusammenhang der selbsternannten „Querdenker“-Proteste beobachten wir immer wieder, wie Demonstrierende Anne Frank und ihre Geschichte instrumentalisieren. Sie vergleichen den Versuch Anne Franks und ihrer Familie, im Versteck in Amsterdam der Verfolgung durch die Nationalsozialisten zu entkommen, mit Corona-Beschränkungen wie dem Lockdown und inszenieren sich als Opfer staatlicher Verfolgung. Sie tragen „Judensterne“, auf denen sie das Wort „Jude“ durch „Ungeimpft“ ersetzen. Die Demonstrierenden vergleichen vermutete Einschränkungen für Ungeimpfte beim Besuch von Freizeitveranstaltungen oder ähnlichem mit einer ab September 1941 in Deutschland geltenden Verordnung, die Jüdinnen:Juden eine entsprechende Kennzeichnung ihrer Kleidung vorschrieb und als Teil der antijüdischen Gesetze auf die Verfolgung, Deportation und Ermordung aller Jüdinnen:Juden abzielte. Dieses Verhalten verharmlost die Shoah und zeigt ein völliges Fehlen von Interesse und Empathie gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus.

In der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen begegnen wir solchen Positionen nur im Ausnahmefall. Für die Arbeit mit pädagogischen Fachkräften haben wir ein zweiteiliges (Online-)Seminarformat „Antisemitismus – Geschichte und Aktualität“ entwickelt, das die Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen und Funktionen von Antisemitismus anregt und Möglichkeiten pädagogischen Handelns zur Diskussion stellt.

Seit 2017 findet der Anne Frank Tag als bundesweiter Aktionstag gegen Antisemitismus und Rassismus an Schulen statt.¹ Unter dem Titel „Befreiung – Freiheit. 75 Jahre Kriegsende“ beteiligten sich 2020 daran rund 60.000 Schüler:innen an 360 Schulen. Eine Lehrerin äußerte sich: „Wir mussten das Thema behutsam angehen, wobei die Kinder sich sehr schnell mit dem Thema vertraut machten, weil die Kinder aufgrund der Corona-Pandemie in ihren Freiheiten *ebenfalls* eingeschränkt waren.“² Das Zitat macht deutlich: Einerseits können Pädagog:innen scheinbar einen einfacheren „Lebensweltbezug“ im Sinne des biografischen Lernens mit ihren Schüler:innen herstellen, bei dem die eigenen Erfahrungen mit denen der Person in der Geschichte, hier mit Anne Frank, verknüpft werden. Andererseits kann dieses Vorgehen Gefahr laufen, dass Kinder und Jugendliche ihre Erfahrungen mit den Verfolgten des Nationalsozialismus gleichsetzen, wenn Unterschiede und Kontext nicht mitgedacht und thematisiert werden.

Der Ansatz des biografischen Lernens verbindet historisches Lernen mit Selbstreflexion: Anhand von Biografien erschließen sich Jugendliche empathisch einzelne Geschichten aus dem Kontext des Nationalsozialismus. Gleichzeitig thematisiert der Ansatz die Alltagserfahrungen der Jugendlichen selbst. Die Beschäftigung mit der eigenen Identität und Lebenswelt der Jugendlichen dient als Ausgangspunkt zur Auseinandersetzung mit der Geschichte. Das „Tagebuch der Anne Frank“ bildet eine Grundlage der biografischen Arbeit des Anne Frank Zentrums. Es bietet zahlreiche Verbindungen zu den subjektiven Lebenswelten seiner Leser:innen. Menschen lesen in das Tagebuch von Anne Frank ganz verschiedene Dinge „hinein“ oder nehmen verschiedene Dinge heraus, die sie mit ihren Lebenserfahrungen verbinden. Auch im Kontext der COVID-19-Pandemie sind diese Assoziationen hilfreich, um gemeinsam mit Jugendlichen Zugänge zur Geschichte zu entwickeln. Es bedarf jedoch einer Rahmung im historischen Kontext sowie einer Kenntnis der historischen Ereignisse, damit



Die Broschüre zum Seminar „Antisemitismus – Geschichte und Aktualität“ ist kostenlos abrufbar unter: annefrank.de/handreicherung-antisemitismus-geschichte-und-aktualitaet

1 Mehr Informationen zum Anne Frank Tag:

annefranktag.de

2 Boewen-Dörr, Maria (14.06.2020):

Mahnung vor den Schrecken der Diktatur, saarbruecker-zeitung.de/saarland/neunkirchen/illingen/illinger-grundschule-setzt-sich-mit-anne-frank-auseinander_aid-51640759

3 Die Methode „Ein ganz normaler Tag“

wird in der Handreichung „Umgang mit Antisemitismus in der Grundschule“ beschrieben (S. 57). Die PDF zur Handreichung, die Methodenbeschreibung sowie ergänzende Materialien sind kostenlos abrufbar unter: annefrank.de/handreicherung-grundschule

4 Mehr Informationen zur Ausstellung

„Alles über Anne“: annefrank.de/ausstellung-berlin

keine Gleichsetzung der tatsächlich sehr unterschiedlichen Erfahrungen von Jugendlichen heute und Anne Frank damals geschieht. Dabei ist Fehlerfreundlichkeit ganz wichtig: Jugendlichen muss die Möglichkeit gegeben werden, vorschnelle Vergleiche oder Gleichsetzungen selbst zu hinterfragen. Anders als im Kontext der Querdenker-Bewegung geschehen diese selten vorsätzlich. Pädagog:innen der historisch-politischen Bildungsarbeit müssen daher auf die möglichen Fallstricke innerhalb eingeübter Methoden vorbereitet sein.

In der langjährig im Anne Frank Zentrum angewandten Methode „Ein ganz normaler Tag“³ sammeln Schüler:innen, was sie an einem durchschnittlichen Tag machen, also zur Schule gehen, Fußball spielen oder mit Freund:innen treffen. In einem zweiten Schritt werden ihnen in chronologischer Reihenfolge antijüdische Gesetze und Verordnungen aus der Zeit des Nationalsozialismus ausgeteilt. Die Schüler:innen sind angehalten, all jene Aktivitäten aus ihrem Tagesablauf zu streichen, die durch ein Gesetz verboten oder unmöglich gemacht werden. Eine freie Mitarbeiterin des Anne Frank Zentrums berichtet von den Schwierigkeiten in der Anwendung der Methode derzeit: „Bei der Gegenüberstellung wird klar, dass der Alltag von Jüdinnen:Juden damals sehr eingeschränkt war. Wenn man das während Corona macht, dann geht es darum, inwiefern der eigene Alltag gerade eingeschränkt ist, und man wird nicht das geplante Lernziel erreichen.“ Die Methode soll die schrittweise durch Gesetze geregelte Ausgrenzung von Jüdinnen:Juden in Deutschland verdeutlichen. Während es prinzipiell hilfreich sein kann, mit den Schüler:innen im Vergleich zu ihrem normalen Alltag die Unterschiede zum Nationalsozialismus herauszuarbeiten, funktioniert die Methode im Lockdown nur eingeschränkt, da es nur außergewöhnliche und gar keine „normalen“ Tage im Alltag der Schüler:innen gibt. Zwar ist es möglich, die Unterschiede und den Kontext stark zu machen. Jedoch birgt die Methode unter den aktuellen Bedingungen das Risiko, Schüler:innen dazu zu verleiten, ihren eingeschränkten Alltag mit den antijüdischen Gesetzen im Nationalsozialismus gleichzusetzen.

Im pädagogischen Rahmen ist es wichtig, die Einschränkungen der Kinder und Jugendlichen im Lockdown ernst zu nehmen und gemeinsam die Differenzen zu antisemitischen Gesetzen im Nationalsozialismus herauszuarbeiten. Eine freie Mitarbeiterin des Anne Frank Zentrums berichtet über eine Begleitung durch die ständige Ausstellung „Alles über Anne“⁴: „Als wir bei einer digitalen Ausstellungsbegleitung das Schaubild zu den Einschränkungen von Annes Leben durch die antijüdischen Gesetze betrachteten, sagten die Jugendlichen, dass ihr Alltag jetzt ja auch eingeschränkt wäre. Wir haben dann gesagt, dass es da wichtige Unterschiede gibt: Zuerst einmal ist die Zielsetzung der Einschränkungen eine ganz andere, und zum anderen gelten die Einschränkungen von heute für alle, damals nur für Jüdinnen:Juden.“

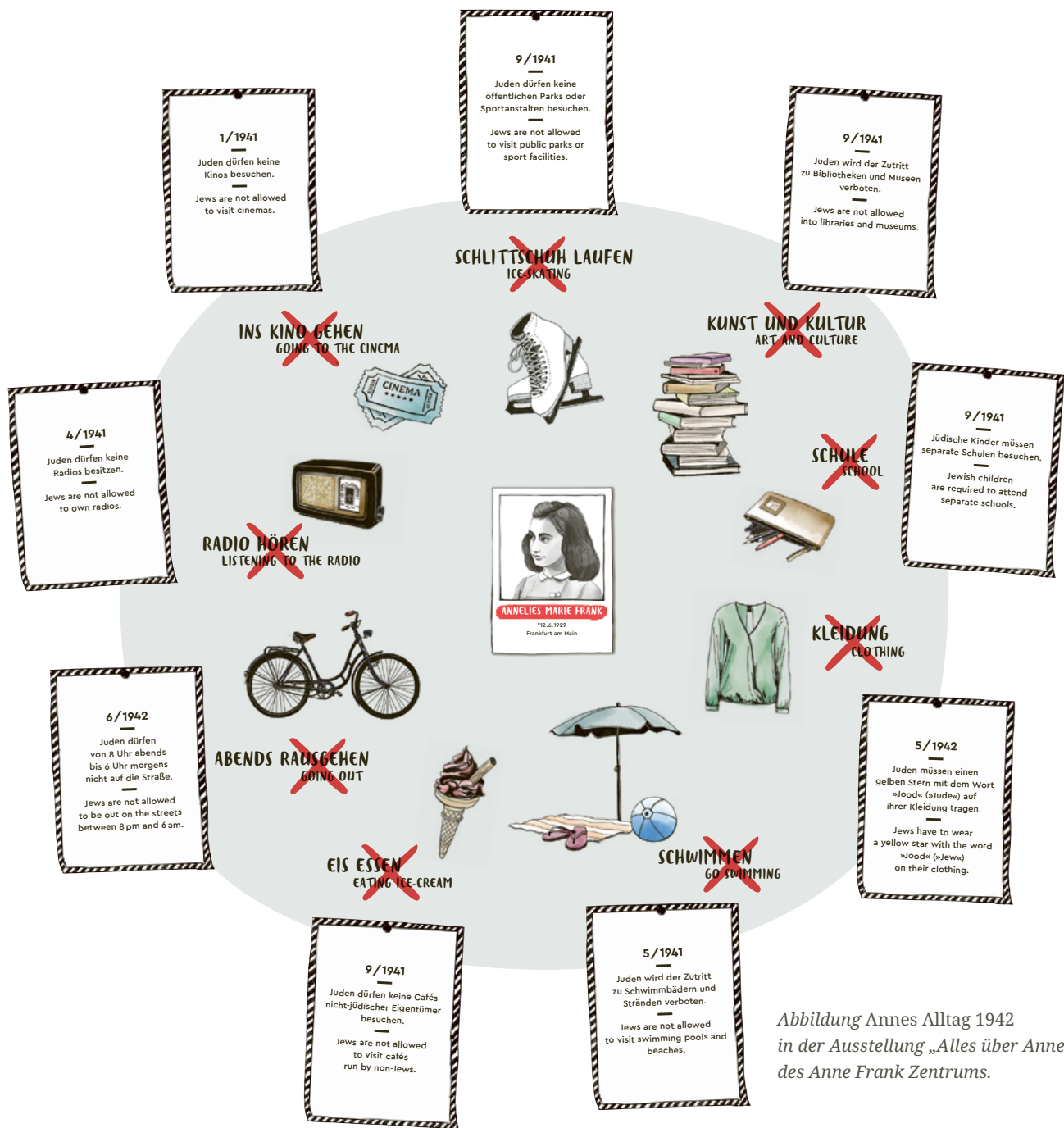


Abbildung Annes Alltag 1942 in der Ausstellung „Alles über Anne“ des Anne Frank Zentrums.

Zusammenfassend stellt die COVID-19-Pandemie die antisemitismuskritische Bildungsarbeit sowohl inhaltlich als auch methodisch vor neue Herausforderungen. Nicht nur auf „Querdenker“-Demos tauchen verschiedene Formen von sekundärem oder Post-Shoah-Antisemitismus auf. Um einer ungewollten Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus entgegenzuwirken, müssen Pädagog:innen ihre Methoden der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit daher einer kontinuierlichen und aktualitätsbezogenen Prüfung unterziehen. Mithilfe einer selbstkritischen und differenzierten Anwendung pädagogischer Ansätze, wie dem biografischen Lernen, kann den verharmlosenden Instrumentalisierungen der Querdenker-Bewegung konsequent begegnet werden.

„Es gibt laute und starke Stimmen in unserer Gesellschaft, die offen antisemitisch sind.“

Gespräch mit Anna Staroselski
Jüdische Studierendenunion Deutschland



Anna Staroselski, Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland.
© Rina Gechtina

Der universitäre Alltag in Deutschland hat sich seit Beginn der COVID-19-Pandemie stark verändert. Denn ein Großteil der Lehrveranstaltungen musste digital abgehalten werden. Austausch- und Debattenräume waren für Student:innen nur noch bedingt gegeben. Anna Staroselski, die Vorsitzende der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, berichtet über die Veränderungen durch die Pandemie und die daraus resultierenden Herausforderungen für jüdische Studierende in Deutschland.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus Wie steht es aus Ihrer Sicht um das jüdische studentische Leben im Jahr 2021?

Anna Staroselski *Die Universitäten waren von den Einschränkungen im Zuge der COVID-19-Pandemie stark betroffen. Studentisches Leben konnte nur begrenzt stattfinden. Die jüdische Community war von den Einschränkungen ebenso stark betroffen. Die Jüdische Studierendenunion versucht, jüdische Studierende bundesweit zusammenzubringen, einen jüdischen Austausch herzustellen und jüdisches Leben an Universitäten sichtbar zu machen. Es ist in den Monaten der Pandemie schwer gewesen, Corona-konforme Veranstaltungen für diese Zwecke durchzuführen. Was trotzdem gut funktionierte, war der Austausch mit bereits bestehenden Studienverbänden. So konnten jüdische Interessen sichtbar bleiben und Interessen, die jüdische Studierende betreffen, auch angesprochen werden.*

Wie haben Sie und die Jüdische Studierendenunion Deutschland die Verschwörungsmythen im Kontext der Pandemie wahrgenommen?

Der Großteil der Lehrveranstaltungen fand online statt. Dadurch war der Austausch unter den Studierenden nur begrenzt möglich. Es gab aber durchaus Personen im universitären Kontext, die meinten, Informationen alternativer Medien seien relevant. Da stellt sich die Frage, was fällt unter die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit und wie kann man Narrativen entgegensteuern, die eine Tendenz in Richtung Verschwörungsmythen aufweisen. Die Tendenzen mussten wir teilweise sogar bei Professor:innen feststellen.

Wurden an Sie Berichte über antisemitische Vorfälle herangetragen?

Einige jüdische Studierende berichteten uns von antisemitischen Äußerungen. Wir haben versucht zu vermitteln und den Betroffenen eine Stimme zu geben. Viele jüdische Studierende fürchten, schlechtere Noten zu bekommen, wenn sie auf antisemitische Vorfälle in ihrer Universität aufmerksam machen. Gerade im Zuge der Pandemie und der antiisraelischen Demonstrationen im Mai und Juni 2021 konnten wir eine Häufung an solchen Nachrichten verzeichnen.

Wie haben Sie die Eskalationen im Nahen Osten wahrgenommen?

Grundsätzlich wissen Jüdinnen:Juden, dass sie bei Eskalationen im Nahen Osten an den Pranger gestellt werden. Sie müssen sich daraufvorbereiten, dass ihnen Antisemitismus in konkreter Form begegnen wird. Wir konnten dieses Jahr feststellen, wie sich der Hass im Netz auf den Demonstrationen und auch im Zusammenleben entlud. Gelsenkirchen steht hierfür sinnbildlich. Ein wütender Mob steht vor einer Synagoge und ruft: „Scheiß Juden!“ Das ist Antisemitismus in seiner Reinform. Die Jüdische Studierendenunion hat im Zuge

der Eskalationen gemeinsam mit der Beratungsstelle OFEK einen Gesprächsraum eingerichtet. Es haben sich viele besorgte junge Menschen bei uns gemeldet, die diesen Raum nutzten, um das Erlebte und ihre Gefühle auszusprechen. Das war eine besorgniserregende Zeit. Spätestens nach diesen Eskalationen wissen wir: Es gibt laute und starke Stimmen in unserer Gesellschaft, die offen antisemitisch sind.

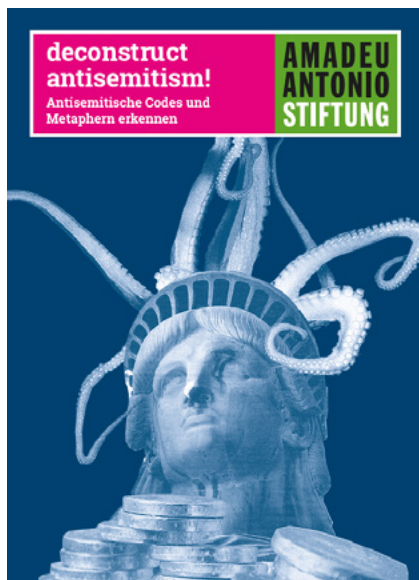
Welche Forderungen haben Sie an die demokratische Zivilgesellschaft im Umgang mit Antisemitismus?

Einerseits soll jüdisches Leben sichtbar gemacht werden, andererseits sind jüdische Einrichtungen und Institutionen auf Schutzmaßnahmen angewiesen. Dieses Missverhältnis zeigt: Erst, wenn etwas sicher ist, kann es sichtbar gemacht werden. Viele jüdische Menschen gehen mit ihrer Identität nicht offen um. Nicht, weil sie es nicht wollen, sondern weil sie Angst haben. Gerade deshalb muss sich auch schnell etwas an der strafrechtlichen Situation, wie mit antisemitischen Vorfällen umgegangen wird, ändern. Täter:innen, die nicht belangt werden, fühlen sich bestärkt und stellen möglicherweise eine Motivation für andere dar. Es reicht nicht, Antisemitismus zu benennen. Es braucht ein gezieltes Vorgehen gegen Antisemitismus. Was mir besonders wichtig ist: Redet nicht über Jüdinnen:Juden, sondern mit ihnen. Nur so können jüdische Belange und Perspektiven sichtbar werden.

Wir stellen vor

deconstruct antisemitism!

Antisemitismus wird offen oder in Form von Codes und Metaphern kommuniziert. Unsere neue Broschüre hilft, solche Codes zu erkennen und zu deuten. Doch worum geht es genau?



Die Broschüre „deconstruct antisemitism! Antisemitische Codes und Metaphern erkennen“ ist kostenlos abrufbar unter: amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen

In Sozialen Medien, bei Demonstrationen, in Talkshows, an Stammtischen, in Parlamenten: Die Verwendung antisemitischer Codes und Metaphern kann bewusst oder unbewusst erfolgen. Eine unbewusste Kommunikation ist möglich, weil einige Codes seit Jahrhunderten genutzt werden und im kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft verankert sind. Eine bewusste Kommunikation von antisemitischen Codes hingegen erfüllt mehrere Zwecke. Damit kann zum Beispiel ein gesellschaftlicher Aufschrei oder eine strafrechtliche Verfolgung umgangen werden. Schließlich ist der offene Judenhass seit der Shoah, der Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen:Juden im Nationalsozialismus, ein Tabu und als Volksverhetzung strafbar.

Doch ob bewusst oder unbewusst: Die Codes und Metaphern funktionieren wie eine Hundepfeife. Wer fähig ist, die Pfeife zu hören, decodiert und versteht, dass hier Judenhass verbreitet wird.

Antisemitismus ist mitnichten ein ideologisches Welterklärungsmodell, das auf bestimmte politische und gesellschaftliche Milieus beschränkt ist. Vielmehr drückt er sich je nach Kontext in unterschiedlichen Begriffen aus; manchmal stellen diese aber auch eine Art Bindeglied dar, über das politisch gegensätzliche Akteur:innen ein gemeinsames Feindbild benennen können. Ist beispielsweise auf antiisraelischen Demonstrationen die Rede davon, man hasse keine Jüdinnen:Juden, sondern „nur die Zionisten“, weil diese vermeintlich genuin rassistisch seien, verkennt das nicht nur den historischen Entstehungskontext des Zionismus, sondern negiert zudem das Existenzrecht Israels als jüdischer Staat – und damit das Existenzrecht des einzigen souveränen Schutzraums für Jüdinnen:Juden. Dass Antizionismus entgegen der genannten Beteuerung eben doch eine Form des Antisemitismus ist, findet in dem Umstand Ausdruck, dass der Hass auf den jüdischen Staat fester Bestandteil des Weltbilds von Islamist:innen, antiimperialistischen Linken und Neonazis ist – und leider auch bestimmter Teile der „bürgerlichen Mitte“. In dieser finden letztlich auch antisemitisch konnotierte Schlagworte der extremen Rechten Anklang: So behaupten Anhänger:innen der Erzählung des „Großen Austauschs“ beispielsweise, die (weiße) europäische Bevölkerung und deren Kultur werde durch Migration (als „gezielte Waffe“) und Feminismus zerstört und ausgetauscht. Eigentlicher „Strippenzieher“, so die Behauptung, sei eine ominöse und meist jüdisch konnotierte „Elite“ im Ausland.

In dieser Hinsicht stellen antisemitische Codes nicht nur eine Form der Umwegkommunikation dar, sondern offenbaren, wie stark Rezipient:innen entsprechende Codes projizieren. Begriffe wie „Finanzelite“, „Strippenzieher“ oder „Ostküste“ fallen meist im Kontext regressiver Kapitalismuskritik – regressiv deshalb, weil sie komplexe Zusammenhänge auf die vermeintlichen konspirativen Machenschaften einzelner „Mächtiger“ (beispielsweise der Bankiersfamilie Rothschild oder des ungarisch-amerikanischen Philanthropen George Soros) reduziert und damit „Schuldige“ beziehungsweise Hassobjekte bietet. Die Verbindung zum Antiamerikanismus ist mit Blick auf Begriffe wie „Ostküste“ oder „Wall Street“ nicht weit: Die USA werden in dieser Vorstellung zum Inbegriff des globalen Kapitalismus, nicht zuletzt weil sie als „Jewnited States“ angeblich letztlich von Juden kontrolliert würden. Dass Israel nach dieser Logik als „imperialistischer Außenposten“ der USA im Nahen Osten und eben nicht als souveräner Zufluchtsraum von Jüdinnen:Juden gilt, ist im antisemitischen Weltbild also nur konsequent.

Für sich sind die meisten dieser Begriffe noch nicht antisemitisch. Ihr Kontext und ihr geschichtlicher Hintergrund müssen berücksichtigt werden, um den enthaltenen Antisemitismus zu erkennen. Nicht immer ist das so leicht zu sehen wie auf Demonstrationen der selbsternannten „Querdenker:innen“, wenn diese mit „Ungeimpft“-Sternen provozieren, die die gewaltvolle Markierung von Jüdinnen:Juden zur Zeit des Nationalsozialismus mit den aktuellen Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie parallelisieren und damit die NS-Verbrechen relativieren.

„Jüdisches Leben ist sichtbar, wenn man es sehen möchte.“

Gespräch mit Bettina Levy
Synagogen-Gemeinde Köln



Bettina Levy, Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln.

Die vergangenen Jahre waren von antisemitischer Gewalt gekennzeichnet. Der Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) am 9.10.2019 war nur das extremste Ereignis. Er reiht sich in eine Vielzahl antisemitischer Vorfälle ein. Bettina Levy engagiert sich im Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln und berichtet über die aktuelle Stimmung in den jüdischen Gemeinden, die Bedrohungen für jüdisches Leben und darüber, was dagegen getan werden kann.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus *Wie steht es um das jüdische Leben in Deutschland heute?*

Bettina Levy *Das jüdische Leben in Deutschland hat völlig unterschiedliche Facetten. Es ist ein Leben, das sowohl von Kontinuität als auch von Veränderung geprägt ist. Das hört sich wie ein Gegensatz an, ist es aber nicht. Vielmehr beschreibt es den Charakter des jüdischen Lebens. Jüdisches Leben lässt sich heute in allen kulturellen Bereichen wiederfinden. Und so war es, bis auf die Unterbrechung durch den Holocaust, auch immer.*

Inwiefern ist der Antisemitismus – auch gerade im Kontext der diesjährigen Feierlichkeiten – ein Thema für Ihre Gemeinde?

Die Feierlichkeiten rund um 1700 Jahre jüdisches Leben sollten nicht auf Antisemitismus reduziert werden. Ganz im Gegenteil: Das Festjahr zeigt, wie reichhaltig, facettenreich und gemeinschaftlich jüdisches Leben in Deutschland ist. Es ist sichtbar, wenn man es sehen möchte. Genau das arbeitet dieses besondere Jahr heraus. Antisemitismus ist nicht nur für Jüdinnen:Juden eine Gefahr, sondern für die gesamte demokratische Zivilgesellschaft. Antisemitismus ist ein Vorbote für Gewalt, Indoktrination und falsche Weichen, die die Gesellschaft auf keinen Fall stellen darf.

Die letzten zweieinhalb Jahre waren geprägt von einem grassierenden Antisemitismus. Haben Sie das Gefühl, dass sich das Sicherheitsgefühl in den Gemeinden verändert hat?

Nicht nur in den Gemeinden, sondern auch das Sicherheitsgefühl des:der Einzelnen hat sich in den letzten Jahren verändert. Der eher sorglose, natürliche Umgang wurde durch die Frage der eigenen Sicherheit überschattet. Die Einzelnen fragen sich: Kann ich das tun? Möchte ich das tun? Was bedeutet das für meine Sicherheit und die meiner Familie? Wenn man als Gesellschaft an so einem Punkt angelangt ist, muss man sich nicht nur fragen, für wen Antisemitismus gefährlich ist, sondern auch, wofür er Verbote ist. Die Sorge ist eigentlich auf viel mehr Menschen als nur auf Jüdinnen:Juden zu verteilen.

Was oder wer ist in ihren Augen die größte Bedrohung für jüdisches Leben in Deutschland?

Ich möchte das „Wer“ nicht einschränken. Denn Antisemitismus ist ein Problem, das sich durch alle gesellschaftlichen Schichten zieht. Egal, woher Antisemitismus oder Antisraelismus kommen, sie stellen immer eine Bedrohung dar. So darf man bezüglich des Gefahrenpotenzials für jüdisches Leben keinen Unterschied zwischen islamistisch oder rechtsradikal motiviertem Antisemitismus treffen. Es gibt hier keine Abstufungen. Beides stellt eine fundamentale Bedrohung dar.

Sehen Sie auch positive Entwicklungen in der Bekämpfung des Antisemitismus?

Ich sehe Bemühungen. Wie wirksam die sind, ist eine andere Frage. Dass Bildung und Erziehung Antisemitismus entgegenwirken, wissen wir bereits. Aber ob das noch reicht, wage ich zu bezweifeln.

Bezogen auf das Festjahr: Sehen Sie darin einen Schritt in die richtige Richtung im Kampf gegen Antisemitismus?

Es ist ein großer Erfolg, dass so etwas stattfindet und jüdisches Leben sichtbar gemacht wird. Leider fielen die Veranstaltungen in die Zeit der Pandemie. Damit haben sie, wie viele andere kulturelle Veranstaltungen, an Präsenz eingebüßt. Ich empfinde es aber trotzdem als großen Erfolg.

Stellen Sie in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, besondere Herausforderungen im Kampf gegen Antisemitismus fest?

Es gibt natürlich lokale Unterschiede. Die antisemitischen Gruppierungen unterscheiden sich zum Teil in ihrer Gewaltbereitschaft und in der Art und Weise ihrer Vernetzung. Aber es gibt überall, in jeder gesellschaftlichen Schicht und Ebene, Antisemitismus.

Haben Sie Forderungen an die nichtjüdische Zivilgesellschaft?

Seid mutig, wenn euch Antisemitismus begegnet! Sei es im Kleinen oder im Banalen. Es gibt nicht „ein bisschen“ Antisemitismus. Entweder etwas ist antisemitisch, oder es ist es nicht. Es gibt keine Grauzonen! Mit diesem Maßstab sollte man sich selbst und andere messen. Das erwarte ich von der Zivilgesellschaft.

... und an die Politik?

Von der Politik erwarten wir ein klares strafrechtliches Durchgreifen gegen Antisemitismus. Außerdem braucht es durch die Anonymität und neuen Möglichkeiten des Internets innovative Strategien im Kampf gegen Antisemitismus.

Wie könnten die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl von Jüdinnen:Juden in Deutschland verbessert werden?

Wir sind bei Sicherheitsfragen auf die Unterstützung von außen angewiesen. Dabei geht es vor allem um die finanziellen Mittel, um diesen Schutz überhaupt gewährleisten zu können.

Trotz alledem: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

Nikolas Lelle

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus

Es hätte sicher einfachere Zeiten gegeben. Das Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ fällt nicht nur in eine Zeit der Pandemie, die die meisten Veranstaltungsformate erschwert, sondern auch in eine Zeit des grassierenden Antisemitismus. Sicher ist, das eine hat mit dem anderen zu tun.

Die COVID-19-Pandemie verschaffte antisemitischen Verschwörungserzählungen ein Millionenpublikum. Zehntausende marschierten durch deutsche Städte, um gegen eine angebliche neue Diktatur auf die Straße zu gehen. Stets dabei: antisemitische Symbole und Parolen. Ein breites Bündnis aus Neonazis, Rechtsextremist:innen, AfD-Anhänger:innen, der enthemmten Mitte, radikalen Anthroposoph:innen und Esoteriker:innen sowie Verschwörungsideolog:innen bot den Resonanzraum für Antisemitismus – und normalisierte ihn. Als dann im Mai 2021 auch noch die Lage in Israel eskalierte, weil die Hamas mehr als eintausend Raketen auf das Land feuerte, gab es kein Halten mehr. Antiisraelische Demonstrationen, gefolgt von Brandanschlägen auf Synagogen, dominierten tagelang die Medien. Die Stimmung in den jüdischen Gemeinden, so berichtet Laura Cazés im folgenden Interview, war „apokalyptisch“. Und in diesen Zeiten sollen wir 1700 Jahre jüdisches Leben feiern? Ja! Jetzt erst recht. Dem grassierenden Antisemitismus gemeinsam etwas entgegenzusetzen, ist die einzig richtige Antwort.

Bei Lichte betrachtet passt es doch auch zur Geschichte, die gefeiert werden soll. 321 nach unserer Zeitrechnung werden Jüdinnen:Juden zum ersten Mal in einem Edikt erwähnt. Sie waren offensichtlich schon länger hier, wie lange, das weiß man nicht. Aber das tut für einen Moment auch nichts zur Sache. Sicher ist: Jüdinnen:Juden leben länger hier als Christ:innen und noch sehr viel länger als Deutsche.

Das Festjahr macht nicht nur das vitale und florierende jüdische Leben heute sichtbar, sondern zeigt dieses auch in der Vergangenheit. Die sogenannten SchUM-Städte, Speyer, Worms und Mainz, stehen symbolisch dafür. Aber das Festjahr wirft den Blick auch auf eine lange Geschichte von Gewalt, Pogromen, Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung. Denn diese 1700 Jahre waren keine einfacheren Zeiten. Im Gegenteil. Wir feiern diese lange Zeit, in der Jüdinnen:Juden in dem Gebiet leben, das sich erst sehr viel später Deutschland nennt, nicht wegen, sondern trotz Deutschland. Trotz alledem.

Dieses Trotzdem könnte ein Leitgedanke des Festjahres sein, der aus dieser Geschichte der Verfolgung und Gewalt durch die Mehrheitsgesellschaft eine Geschichte der Selbstbehauptung und der Widerständigkeit macht. Dann sind Jüdinnen:Juden nicht mehr Objekte einer antijudaistischen, antisemitischen Politik, sondern werden zu Subjekten, zu Protagonist:innen dieser Geschichte. Dann wird die jüdische Perspektive auf diese Geschichte sichtbar.

Der Dichter Leyb Rosenthal schrieb 1943 im Ghetto von Wilna ein jiddisches Lied. Darin heißt es: „mir lebn eybik, mir zaynen do“. Uwe von Seltmann schreibt in seiner nach diesem Lied benannten Monographie „Wir sind da“ zu 1700 Jahren jüdischem Leben in Deutschland¹, dass „eybik“ im Jiddischen eine doppelte Bedeutung hat: Es steht für „ewig“ und für „trotzdem“. „Wir leben trotzdem, wir werden leben und erleben und schlechte Zeiten überleben, wir leben trotzdem, wir sind da“, sang die dieses Jahr verstorbene Shoah-Überlebende Esther Bejarano in ihrer Übersetzung dieses Liedes, das sie am Ende ihrer Konzerte spielte.

Neben den antisemitischen Vorfällen, die dieses Lagebild analysiert, hat uns dieses Festjahr beschäftigt. Wie kann man 1700 Jahre feiern, ohne das Trotzdem zu vergessen und ohne den gegenwärtigen Antisemitismus aus dem Blick zu verlieren? Die diesjährige Kampagne will den Finger in die Wunde legen. „Shalom, ihr Aufarbeitungsweltmeister, ihr Verharmloser, Augenwischer oder Phrasendrescher“ – bewusst provokant versucht die Kampagne Antisemitismus in seinen verschiedenen Formen sowie den allzu oft verharmlosenden Umgang damit sichtbar zu machen und anzuprangern. „Es reicht!“ ist das Leitmotiv dieser Kampagne. Schluss mit Antisemitismus. Zugleich ruft die Kampagne aber auch den Verbündeten und Standhaften im Kampf gegen jeden Antisemitismus ein Shalom entgegen.

Die *Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus* legten 2021 einen Schwerpunkt auf jüdische Widerständigkeit, um der Geschichte dieses Trotzdem aus einer jüdischen Perspektive näherzukommen. Das gibt auch die Möglichkeit, Brüche wie Kontinuitäten in den Fokus zu rücken und sich nicht für eine Seite entscheiden zu müssen. Auf den nächsten Seiten kommen Laura Cazés und Ruben Gerczikow, mit denen wir darüber sprachen, was es heißt, in dieser Zeit als Jüdin:Jude in Deutschland zu leben, ebenso zu Wort wie Dr. Matthias Schreiber, der Vorsitzende des Vereins, der das Festjahr initiiert hat.



Plakat der Kampagne der Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus 2021. © Amadeu Antonio Stiftung

1 von Seltmann, Uwe (2021): Wir sind da! 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland. Erlangen: Homunculus Verlag.

„Ich wünschte mir, wir wären so transformativ wie der Antisemitismus.“

Gespräch mit Laura Cazés

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.
und Ruben Gerczikow Publizist



Laura Cazés, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.
© Robert Poticha

Im Zuge der Querdenken-Demonstrationen zeigten sich seit Beginn 2020 wiederholt weit verbreitete antisemitische Denkstrukturen innerhalb der deutschen Bevölkerung. Dass diese in Gewalttaten münden können, wurde in den letzten eineinhalb Jahren sichtbar. Die Allgegenwertigkeit der Bedrohung durch Antisemitismus hat einen starken Einfluss auf das jüdische Leben in Deutschland. In diesem Kontext sprechen Laura Cazés, Leiterin der Abteilung Kommunikation und Digitalisierung der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, und Ruben Gerczikow, Publizist, über jüdische Identität in Deutschland.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus Welche drei Schlagworte fallen Ihnen zum jüdischen Leben in Deutschland ein?

Ruben Gerczikow *Also, das wurde ich noch nie gefragt.*

Laura Cazés *Mir fallen die Schlagworte ambivalent, selbstbestimmt – nicht selbstverständlich – und unerwartet ein.*

Gerczikow *Ich nenne Diversität, Projektionsfläche und Schaucharakter.*

Wie ist es, als Jude oder Jüdin in Deutschland zu leben?

Gerczikow *Ich würde es eine spaßige Herausforderung nennen. Jeder Tag ist anders. Man kann nicht von einem geradlinigen Leben sprechen. Vielmehr hängt es von inneren und äußeren Faktoren ab, die das eigene Leben positiv beziehungsweise negativ beeinflussen. Damit meine ich: Kleinste Debatten oder gesellschaftliche Ereignisse können einen großen Einfluss auf das jüdische Leben in Deutschland haben.*

Cazés *Mal so, mal so. Ich würde mich gleichzeitig als fremdbestimmt und selbstbestimmt beschreiben. Jüdisch zu sein in Deutschland bestimmt einfach ganz viel. Alles, was ich sehe und fühle, ist durch die Tatsache, dass ich eine Jüdin in Deutschland bin, beeinflusst. Mein Jüdischsein wäre ohne dieses Deutschland anders und umgekehrt. Diese beiden Identitäten gehen eben nicht ohne einander. Diese Tatsache fällt mir immer dann besonders auf, wenn ich Kontakt zu Familienmitgliedern habe, die im Ausland leben, von denen manche eine und manche keine Shoah-Biografie haben. Ich merke*



Ruben Gerczikow, Publizist.
© Rina Gechtina

immer schnell, dass ich mit ihnen meine Erfahrungen als deutsche Jüdin nicht teilen kann. Dieses Gefühl der Verwobenheit zwischen dem Land, in dem man lebt, und der eigenen jüdischen Identität hat keiner meiner Familienmitglieder aus dem Ausland in dieser Form. Mein ganzes Bewusstsein als deutsche Jüdin fußt im Grunde genommen auf dieser Wechselwirkung.

Gerczikow Man hat als Jude oder Jüdin im deutschsprachigen Raum einen anderen Zugang dazu, als es in anderen Ländern der Fall ist. Die Art und Weise, wie man sich definiert und zu Debatten positioniert, ist grundlegend unterschiedlich. In anderen europäischen Ländern, vor allem in denen der Siegermächte, herrscht eine andere Selbstverständlichkeit von beispielsweise jüdischem Französisch- oder Britisch-Sein vor.

Das hört sich nach einer großen Herausforderung an. Wenn Sie an die vergangenen anderthalb Jahre zurückdenken: Was hat Sie am meisten genervt?

Gerczikow Was mich stört, ist, dass man sehr oft nur auf das Jüdischsein reduziert wird. Selbst wenn man Expertise in irgendeinem Fachgebiet mitbringt, wird man trotzdem immer in die Betroffenenperspektive gedrängt. Das ist ja auch in Teilen legitim. Dabei geht aber verloren, was man als Person in diesem Bereich leisten beziehungsweise leisten kann. Das ist eine Sache, möglicherweise durch die Querdenken-Demos oder die neuesten Eskalationen im Nahen Osten befeuert, die mich im letzten Jahr am meisten genervt hat.

Cazés Dieses Gefühl der Fremdbestimmtheit ist eine Erfahrung, die ganz viele Menschen teilen, die in irgendeiner Form ein Label bekommen, nicht das sein zu dürfen, was sie sein wollen beziehungsweise sind. Gerade im Zuge der Black Lives Matter-Demonstrationen wurde mir das besonders klar. Es passiert ganz vielen Menschen, egal ob von Rassismus, Antisemitismus oder einer anderen Diskriminierungsform betroffen, dass sie sich immer wieder in diesem Zwiespalt zwischen einerseits Opferrolle und andererseits Selbstbestimmtheit wiederfinden. Niemand möchte auf ersteres reduziert werden, gleichzeitig sollen die eigenen Erfahrungen anerkannt und gesehen werden. Viele haben im Zuge der Bewegung, die auf den Mord an George Floyd folgte, verstanden, dass sie nicht wissen, wie es ist, als Schwarze Person in einem weißen Land zu leben. Gerade in Anbetracht der letzten anderthalb Jahre habe ich mir oft die Frage gestellt: Wird unseren Erfahrungen mit Antisemitismus irgendwann Glauben geschenkt?

Gerczikow Das hat auch etwas damit zu tun, dass dem Antisemitismus die Vorstellung von übermächtigen und zugleich widerwärtigen Juden zugrunde liegt. Im Vergleich: Im Rassismus versteckt sich hingegen der Gedanke der Überlegenheit der eigenen beziehungsweise Unterlegenheit der anderen „Rasse“. Die Ambivalenz im Antisemitismus zwischen Überlegenheit und gleichzeitiger Widerwärtigkeit trägt dazu bei, dass Erfahrungen von Antisemitismus weniger Glauben geschenkt wird.

Sie schaffen es aber gut, mit dieser Verwobenheit von Betroffenenrolle und Selbstbestimmtheit als Jude oder Jüdin zu spielen. Machen Sie das bewusst?

Gerczikow Ich für meinen Teil: ja. Ich möchte einerseits meine Erfahrungen teilen, damit mir als Betroffenem geglaubt wird. Wenn ich meine Erfahrungen nicht veröffentliche, sind sie auch nicht sichtbar für andere. Gerade im Anbetracht dessen, dass ein großer Teil der Mehrheitsgesellschaft Antisemitismus in Deutschland als überwunden ansieht, ist es wichtig, immer wieder auf die Alltäglichkeit und neuen Ausdrucksformen von Antisemitismus aufmerksam zu machen. Deshalb ist der Bundesverband RIAS mit der Möglichkeit, antisemitische Vorfälle zu melden, von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig will ich nicht auf meine Rolle als Betroffener reduziert werden. Mir geht es darum, den Menschen zu vermitteln, in welchen Situationen sich Antisemitismus äußert, dabei aber neben der Analyse auch zu versuchen, die Abstraktheit des Antisemitismusbegriffs mit affektiven persönlichen Geschichten zu verbinden. Menschen, die sich nie in ihrem Leben mit dem Thema beschäftigt haben, entwickeln möglicherweise dadurch ein Verständnis dafür, was Antisemitismus anhand konkreter Erfahrungen für Betroffene bedeutet.

Cazés Es gibt einen großen Unterschied, ob man sich als Person des öffentlichen Lebens oder als private Person dazu entscheidet, sich zu exponieren und Position zu beziehen. Ich denke an meine Mutter, die ihr Leben lang mit verschiedenen Formen von Antisemitismus konfrontiert war, aber nicht über die Sprache und Ressourcen verfügte, das Erlebte einzuordnen und darüber reden zu können. Im Vergleich dazu starte ich als junge deutschsprachige Jüdin aus einer ganz anderen Ausgangsposition und habe heute eher die Möglichkeit, auf Missstände aufmerksam zu machen.

Was waren die prägendsten Ereignisse der vergangenen anderthalb Jahre mit Blick auf Antisemitismus?

Cazés Die Frequenz und Dichte der Ausdrucksformen antisemitischer Vorfälle hat mich erschüttert. Diese zeitliche Dichte, in denen sich Antisemitismus in unterschiedlichsten Formen gezeigt hat – und der Wahnsinn, dass die Leute es dennoch nicht verstehen, dass die Mehrheitsgesellschaft das nicht als antisemitisch erkennt. Das ist, um es euphemistisch auszudrücken, besorgniserregend.

Gerczikow Es hat sich gezeigt, dass der vorherrschende Konsens in der deutschen Gesellschaft, Antisemitismus sei ein Phänomen ausschließlich rechtsextremer Gruppierungen, nicht zutrifft, sondern es sich um etwas tief in der deutschen Gesellschaft Verwurzeltes handelt. Die Demonstrationen dieses und letzten Jahr haben offenbart, dass es nicht nur „Der Dritte Weg“ und die NPD, sondern Menschen aus der Mitte der Gesellschaft waren, die antisemitisches Gedankengut verbreiteten oder unterstützten.

Cazés Erschreckend war doch die Erkenntnis, dass offensichtlich jedes Milieu seinen eigenen Antisemitismus braucht; nicht nur hat, sondern braucht. Ich glaube, es ist kaum erklärbar, was für eine apokalyptische Stimmung im Mai 2021 in den jüdischen Gemeinden geherrscht hat. In einem Ausmaß, dass ich so noch nicht erlebt habe. Es ist erschreckend, wie tief diese Angst reicht. Jüdinnen und Juden sind schon besorgt, bevor es passiert. Denn sie wissen, dass es passieren wird.

Gerczikow Aber eine positive Errungenschaft dieser Pandemie gibt es vielleicht auch. Sie liegt darin, dass endlich verstanden wurde, dass der Kern jeder Verschwörungserzählung antisemitisch ist und mit Vernichtungsphantasien einhergeht.

Was muss sich Ihrer Meinung nach im zivilgesellschaftlichen Kampf gegen Antisemitismus ändern?

Cazés In erster Linie sollte eine Sensibilisierung stattfinden, dass jedes gesellschaftliche Milieu ihren eigenen Antisemitismus hat. Ich würde mir wünschen, dass wir in unseren gesellschaftlichen Prozessen so transformativ wären wie der Antisemitismus. Denn der Antisemitismus ist immer einen Schritt schneller, und bisher schaffen wir es als demokratische Zivilgesellschaft nicht, rechtzeitig auf neue Facetten zu reagieren. Was zählt, ist der Wille, Antisemitismus wirklich verstehen zu wollen.

Gerczikow Es sollte erkannt werden, dass es für Antisemitismus keine Jüdinnen:Juden braucht. Sie sind bloße Projektionsfläche des Innenlebens der Antisemitin beziehungsweise des Antisemiten. Es braucht nicht zwangsläufig das Jüdische. Zudem: Betroffenen wird in den Debatten über Antisemitismus zu oft das Recht aberkannt zu beurteilen, was Antisemitismus ist. Stattdessen bestimmt die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft, was antisemitisch ist und was nicht.

Cazés Mir fällt auf, dass Antisemitismus-Debatten ein starkes Unbehagen auslösen. Ich würde mir wünschen, dass es zur kulturellen Praxis wird, dieses Unbehagen zu thematisieren. Das hätte großes Potenzial, Veränderungen im Umgang mit Antisemitismus anzustoßen.

Welche Forderungen haben Sie an die nichtjüdische Zivilgesellschaft?

Cazés Entwickelt ein Bewusstsein dafür, was Antisemitismus ist und wie vielfältig die Ausdrucksformen sein können!

Gerczikow Positioniert Euch nicht nur gegen Antisemitismus, wenn es die eigene Lebenswelt beeinträchtigt. Sondern stellt Euch der Problematik, auch wenn es bedeutet, in eigenen Strukturen zu kehren und sich selbst ständig zu reflektieren. Im Kampf gegen Antisemitismus hilft keine vorgeschobene Solidarität. Und noch ein Punkt, der mir besonders wichtig ist: Antisemitismus kann nicht unter Rassismus subsummiert werden. Das ist eine Tatsache, die in breiten Teilen der Gesellschaft noch nicht angekommen ist.

Wir stellen vor

nichts-gegen-juden.de

Das vorliegende Lagebild und jene, die mit ihren Texten zu Wort kommen, verdeutlichen vor allem eines: Antisemitismus zeigt sich wieder sichtbarer, offener, ungehemmter. Das belegen nicht zuletzt die zahlreichen Angriffe gegen Jüdinnen:Juden oder jüdische Einrichtungen im Kontext des erneut eskalierten israelisch-palästinensischen Konflikts im Mai 2021. Auch im Internet begegnen wir alltäglich dem antisemitischen Hass: In tausenden Kommentaren in den Sozialen Netzwerken werden Israel, Jüdinnen:Juden sowie Engagierte gegen Antisemitismus angegriffen, bedroht und beleidigt. Sie werden für die Eskalation des Konflikts verantwortlich gemacht und dämonisiert. Dieser antisemitische Wahn im Netz macht aber nicht an der Enter-Taste mit dem Absenden einer Hassnachricht Halt, sondern er entlädt sich in ganz konkreten Gewalttaten, wie in Angriffen auf Synagogen, dem Verbrennen von Israel-Flaggen oder Gewalttaten gegen Jüdinnen und Juden. Auch auf Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen dokumentierten zivilgesellschaftliche Akteur:innen und Journalist:innen zahllose antisemitische und Shoah-relativierende Äußerungen.

Antisemitismus im Netz und antisemitische Angriffe gehen immer Hand in Hand – denn das Problem beginnt nicht erst dann, wenn jüdische Friedhöfe geschändet oder Menschen körperlich angegriffen werden, sondern bereits bei verbalen Entgleisungen im Sportverein, am Stammtisch oder unter Arbeitskolleg:innen. Das Internet bildet diese gesellschaftlichen Verhältnisse in der virtuellen Welt ab und trägt seinen Teil zur Alltäglichkeit von Antisemitismus bei. Deshalb muss ihm immer und überall widersprochen werden! Um wieder in die Offensive zu kommen, hilft unser Tool nichts-gegen-juden.de. Hier werden gängige antisemitische Vorurteile entlarvt und über sie aufgeklärt. Aber nicht nur das. Die Website gibt Argumentationen an die Hand, um Antisemitismus in der Diskussion zu begegnen. Die Seite ist für all jene gedacht, denen manchmal die Worte fehlen, um Antisemitismus online zu widersprechen, die ihn aber nicht unbeantwortet stehen lassen wollen.



Die Seite nichts-gegen-juden.de bietet pointierte Antworten und Argumente für die Diskussion. © Amadeu Antonio Stiftung

nichts-gegen-juden.de bietet praktische Argumentationshilfen und angriffslustige Antworten, die durch wenige Klicks als Text oder Bild geteilt werden können. Der Ton der Texte ist bewusst kämpferisch, die Grafiken nutzen Verzerrungen, Collagen und Versatzstücke. Antisemitische und verschwörungsideologische Inhalte sind nämlich oftmals verzerrt, zusammengesetzt aus verschiedenen Erzählungen und – entgegen ihrer behaupteten Logik – hochgradig irrational. Wer einmal das „Vergnügen“ hatte, mit Anhänger:innen solcher Ideologien zu diskutieren, wird festgestellt haben, dass reine Fakten nicht gegen antisemitische Verschwörungserzählungen helfen. Oder anders formuliert: Was nicht ins verschwörungsideologische Weltbild passt, wird einfach als Teil der proklamierten Verschwörung in dieses integriert. Gegenrede zu leisten ist in diesem Zusammenhang ein mühsames Unterfangen, ebenso wie einfache und schnelle Antworten auf komplexe Sachzusammenhänge zu formulieren. Für solche Situationen ist nichts-gegen-juden.de das Mittel der Wahl. Mit unseren fertigen Antworten auf die häufigsten antisemitischen Parolen können Sie sich zu Wort melden und protestieren, wenn Ihnen Antisemitismus im Netz begegnet.



Die Seite nichts-gegen-juden.de klärt über gängige antisemitische Vorurteile auf.

„Wir wollten mit einer neuen Generation auf das Ganze jüdischen Lebens schauen.“

Gespräch mit Dr. Matthias Schreiber

Vorsitzender des Vereins 321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.

Das Festjahr zu 1700 Jahren jüdischem Leben in Deutschland setzt ein klares Zeichen im Kampf gegen Antisemitismus. Besonders im Kontext der aktuellen Bedrohungslage für Jüdinnen:Juden in Deutschland ist es von zentraler Bedeutung, jüdisches Leben sichtbar zu machen. Dr. Matthias Schreiber, der Vorsitzende des Vereins 321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V. ist einer der Initiator:innen des Festjahres. Er spricht über Ziele, Potenziale und Herausforderungen des Jubiläums.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus Dieses Zivilgesellschaftliche Lagebild zum Antisemitismus erscheint zum 9. November ...



Dr. Matthias Schreiber. © 1700 Jahre

Dr. Matthias Schreiber ... einem Tag des Erinnerns. Ich würde sogar sagen: Der 9. November könnte gemeinsam mit dem Volkstrauertag der Tag des Erinnerns werden. Schließlich können wir in den meisten Städten und Dörfern Stolpersteine oder noch Spuren einer Synagoge oder eines Friedhofs finden.

Allerdings bietet der 9. November zugleich die Möglichkeit, über die bisweilen routinierte Erinnerung an die Vergangenheit den Blick in die Gegenwart des Antisemitismus zu werfen.

Ja – und dies war der rote Faden unseres Festjahres. Den Blick auch weit über Antisemitismus hinaus auf den Reichtum und die Kraft jüdischen Lebens heute zu werfen. Das ist die Chance dieses Jahres, das es so noch nicht gegeben hat: Über die nicht aufgebare Erinnerungskultur zeigen, wie wichtig und prägend jüdisches Leben für unser Land gewesen ist, immer noch ist und bleiben soll.

Können Sie eine erste Bilanz des Festjahres 1700 Jahren jüdisches Leben in Deutschland ziehen?

Die ersten Ideen zu diesem Jubiläum entstanden vor zehn Jahren. Die Frage, die wir uns stellten, lautete: Ist die Zeit reif, das Ganze jüdischen Lebens in den Blick zu nehmen? Es gibt ja nur wenige Hochzeiten und sehr viele Pogrome. Damals haben der Zentralrat, aber auch viele jüdische Verbände gesagt: Wir machen mit, das ist eine Idee, die ungewöhnlich daherkommt, gerade aus dem Land der Täter kommend. Wir haben nie versucht auszuklammern, was geschehen ist, sondern wir wollten mit einer neuen Generation auf das Ganze schauen. Dafür haben wir viel Dankbarkeit erfahren. Meine Bilanz ist: Das Festjahr war ein Volltreffer. Viele Akteur:innen, auch viele jüdische, haben die Zahl 1700 aufgegriffen, auch ganz ohne unser Zutun. Wir haben oft erst im Nachhinein erfahren, was alles an tollen Aktionen gelaufen ist.

Jenseits dieser guten Nachrichten erleben wir zurzeit einen virulenten Antisemitismus in Deutschland. Wie steht es aus Ihrer Sicht um jüdisches Leben heute?

Wir haben eine selbstbewusste, vitale Basis für jüdisches Leben. Das sieht man auch an den Debatten über Antisemitismus, über die BDS-Kampagne, über die Ruhrtriennale. Jüdische Identität will selbst definieren, was antisemitisch ist, und fragt, wieso die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft das Recht hat, Antisemitismus zu definieren. Das gefällt mir alles! Ich nehme es so wahr, dass trotz des grassierenden und manchmal gewalttätigen Antisemitismus die Mehrheit der Jüdinnen:Juden und der jüdischen Amtsträger nicht die Koffer packen wollen, sondern sagen: Das ist unser Land! Antisemitismus grassiert leider weltweit. Die Aufgabe ist zu überlegen, wie man diesem Antisemitismus etwas entgegensetzen kann. Und das müssen wir mit Jüdinnen:Juden zusammen überlegen.

Eine Sorge sehe ich aber, die nirgendwo thematisiert wird: Die Mitgliederzahlen, die die ZWST (Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland) veröffentlicht, zeigen in der Altersstruktur eine Palme, keine Tanne. Das bedeutet, dass die Mehrheit der jüdischen Bürger:innen in Deutschland zwischen 60 und 90 Jahren alt ist, und darunter gibt es einen schlanken Stamm. Wir müssen uns fragen, wie wir noch in 30 Jahren ein jüdisches Leben, eine jüdische Jugend und jüdische Themen haben können. Darauf ist die Politik nicht vorbereitet. Es wäre wichtig, bereits jetzt in die Zukunft zu investieren.

Auch wenn die Koffer, um im Bild zu bleiben, noch nicht gepackt werden. Die letzten Monate waren für jüdische Gemeinden ...

... beängstigend.

Absolut. Dieses Festjahr hätte sicher in einfacheren Zeiten stattfinden können. Erst die verschwörungsideologischen Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen seit April 2020, dann die anti-israelischen Demonstrationen im Mai 2021 ...

... von denen einige in Nordrhein-Westfalen, im Bundesland unseres Vereinssitzes, stattgefunden haben.

Was glauben Sie, abseits der Demographie, sind die Gefahren für das jüdische Leben in Deutschland?

Wir müssen eine neue Selbstverständlichkeit im Umgang miteinander lernen. Es ist gefährlich, wenn die Unterscheidung zwischen jüdisch und nichtjüdisch, jüdisch und christlich wichtig ist. Es muss darum gehen, gemeinsam zu streiten, wie wir den besten Weg in die Zukunft finden. Man sollte das identifizierte Jüdische nicht in den Fokus rücken, sondern einen Menschen wie Josef Schuster, den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, nicht nur zum Antisemitismus oder zum Nahostkonflikt befragen, sondern auch zu anderen politischen Themen.

Unser Festjahr ist beispielhaft, weil es auf zwei Säulen steht: einer jüdischen und einer nichtjüdischen. Und wir arbeiten selbstverständlich zusammen. Wir haben es nicht den Jüdinnen:Juden überlassen, sondern der Impuls kam sogar von Nichtjüdinnen, und jetzt sitzen wir gemeinsam im Vorstand.

Sie skizzieren vor allem Herausforderungen. Aber wo liegen die Gefahren?

Der Antisemitismus zeigt sich im Moment wieder sehr offen. Man hat den Eindruck, der rechtsextreme Antisemitismus kann sich ein wenig zurücklehnen. Wir müssen uns auch – und ich sage explizit auch, weil es nur eine Form neben anderen ist – wir müssen uns auch um den zugewanderten Antisemitismus kümmern. Wir müssen wachsam bleiben. Als Nichtjüdische:r erlebt man das nicht so existentiell wie Jüdinnen:Juden. Deren Seismograph ist sehr sensibel. Und ihre Erfahrung zeigt: Im Zweifel können wir uns nur auf uns selbst verlassen.

Welche Rolle spielt der Antisemitismus im Festjahr?

Wir sind plural aufgestellt. Wir richten uns gegen Antisemitismus, aber wir haben auch einen Kulturauftrag und wollen in den Dialog gehen. Es gibt unterschiedliche Formen, gegen Antisemitismus vorzugehen: Man muss ihn mit dem Strafrecht bekämpfen, aber auch mit Bildung etwa in der Schule. Doch auch neue Curricula werden einem jahrtausendealten Antisemitismus nicht genug entgegensetzen. Wir müssen alles dafür tun, Antisemitismus zu bekämpfen, auch interdisziplinär, und wir müssen positive, gelungene Beispiele setzen. Das Festjahr mit all seinen Veranstaltungen kann einige solcher Beispiele liefern.

Anhang: Arbeitsdefinition von Antisemitismus

International Holocaust Remembrance Alliance

Im Geiste der Stockholmer Erklärung, die ausführt: „Da die Menschheit noch immer von [...] Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit gezeichnet ist, trägt die Völkergemeinschaft eine hehre Verantwortung für die Bekämpfung dieser Übel“, hat der Ausschuss für Antisemitismus und Holocaustleugnung das IHRA-Plenum in Budapest 2015 aufgefordert, die nachstehende Arbeitsdefinition von Antisemitismus anzunehmen.

Am 26. Mai 2016 beschloss das Plenum in Bukarest die Annahme der nachstehenden nicht rechtsverbindlichen Arbeitsdefinition von Antisemitismus:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

Um die IHRA bei ihrer Arbeit zu leiten, können die folgenden Beispiele zur Veranschaulichung dienen:

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Die Bundesregierung beschloss im September 2017, sich der internationalen Definition von Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) anzuschließen. Sie ergänzte einen Satz zur Bekämpfung des israelbezogenen Antisemitismus: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“ Der Bundestag begrüßte die Entscheidung der Regierung im Rahmen eines Antrags vom Januar 2018. Die Verabschiedung der Arbeitsdefinition – die zwar keine rechtliche Bindungskraft, aber einen starken symbolischen Charakter hat – geht auf eine deutsch-rumänische Initiative zurück. Sie soll u. a. ein Vorbild für entsprechende Bildungsinhalte in der Erwachsenen- sowie in der Kinder- und Jugendbildung sein.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

- den Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung; die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung
- falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Macht der Juden als Kollektiv – insbesondere, aber nicht ausschließlich Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden
- das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden
- das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z. B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermords an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust)
- den Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen
- den Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblichen weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer
- die Aberkennung des Rechts des jüdischen Volks auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen
- die Anwendung doppelter Standards, indem von Israel ein Verhalten gefordert wird, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird
- die Verwendung von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten
- das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel

Antisemitische Taten sind Straftaten, wenn sie als solche vom Gesetz definiert sind (z. B. in einigen Ländern die Leugnung des Holocausts oder die Verbreitung antisemitischer Materialien).

Straftaten sind antisemitisch, wenn die Angriffsziele, seien es Personen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, Gebetsräume und Friedhöfe – deshalb ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind, als solche wahrgenommen oder mit Juden in Verbindung gebracht werden.

Antisemitische Diskriminierung besteht darin, dass Juden Möglichkeiten oder Leistungen vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen. Eine solche Diskriminierung ist in vielen Ländern verboten.

Mehr Informationen unter:
holocaustremembrance.com

Ansprechpartner:innen

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus

Über 3.250 Veranstaltungen, 500 Partnerorganisationen, 200 Orte, ein Ziel: zusammenschließen und gemeinsam Antisemitismus die Stirn bieten! Seit 2003 finden die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus im gesamten Bundesgebiet statt, seit 2016 in Kooperation der Amadeu Antonio Stiftung mit dem Anne Frank Zentrum.

Die Aktionswochen arbeiten mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zusammen, die sich kritisch mit unterschiedlichen Formen des Antisemitismus beschäftigen: von kleinen Jugendinitiativen und Heimatmuseen bis zu Gedenkstätten und Museen. Bei ihren Angeboten von Podiumsdiskussionen bis hin zu Projektionen antisemitischer Vorfälle stehen die Aktionswochen den Initiativen finanziell und organisatorisch zur Seite und erzeugen eine dringend erforderliche Sichtbarkeit. Diese erreichen sie vor allem mit einer bundesweiten Kampagne, die jedes Jahr zwischen dem 9. Oktober und dem 9. November auf die Gefahr des Antisemitismus aufmerksam macht. Das Jahr über gibt das Team Workshops, hält Vorträge und entwickelt Materialien, in denen sie über Antisemitismus und Strategien zu seiner Bekämpfung informieren.

Mehr Informationen unter:

☞ amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/aktionswochen-gegen-antisemitismus

☞ annefrank.de/bildungsarbeit/projekte/bildungs-und-aktionswochen-gegen-antisemitismus

Kompetenznetzwerk Antisemitismus

Das Kompetenznetzwerk Antisemitismus ist ein Zusammenschluss von fünf Institutionen, die über eine langjährige Erfahrung im Bereich der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, der Beratung sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle verfügen: das Anne Frank Zentrum, die Bildungsstätte Anne Frank, der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS), das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der ZWST und die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIgA e.V.

Ziel des Netzwerks ist es, durch Zusammenarbeit und Wissenstransfer die Angebote im Bereich der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, der Beratung sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle zu bündeln und weiterzuentwickeln. Die Netzwerkpartner stellen ihre Expertise für die Bereiche (schulische) Bildung, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zur Verfügung. Der Zusammenschluss wird durch das Programm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Die Koordinierung des Kompetenznetzwerks Antisemitismus liegt beim Anne Frank Zentrum.

Mehr Informationen unter:

☞ kompetenznetzwerk-antisemitismus.de

Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention

Zum seit Januar 2020 bestehenden Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention (KompRex) gehören die Organisationen Amadeu Antonio Stiftung, Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus, Cultures Interactive e.V., Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V. und die Lidice Haus Jugendbildungsstätte. Das Netzwerk reagiert auf aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus, entwickelt bundesweite Präventionsangebote weiter, bündelt Wissen und Erfahrung und qualifiziert und vernetzt Projektpartner:innen. Es wird durch das Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert und von der Amadeu Antonio Stiftung koordiniert.

Mehr Informationen unter:

☞ kompetenznetzwerk-rechtsextremismuspraevention.de

Bundesverband Mobile Beratung e.V.

Der Bundesverband Mobile Beratung e.V. agiert als Interessensvertretung seiner Mitglieder, die bundesweit eine Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus anbieten. Der Aufgabenbereich des Verbands umfasst die Vernetzung mobiler Beratungsteams, Organisation von Fachtagungen, Teilnahme an gesellschaftlichen Debatten sowie die Beratung von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Mehr Informationen unter:

☞ bundesverband-mobile-beratung.de

OFEK e.V.

OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Diskriminierung und Gewalt ist eine Beratungs- und Interventionsstelle. OFEK unterstützt bundesweit Betroffene und ihr soziales Umfeld sowie pädagogische und soziale Einrichtungen im Umgang mit Antisemitismus und Diskriminierung.

Mehr Informationen unter:

☞ ofek-beratung.de

VBRG – Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.

Der VBRG setzt sich dafür ein, dass Opfer rechter Gewalt bundesweit Zugang zu professionellen, unabhängigen, kostenlosen und parteilich in ihrem Sinne arbeitenden Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen erhalten. Derzeit sind 15 unabhängige Beratungsstellen für Betroffene rechts, rassistisch und antisemitisch motivierter Gewalt aus 13 Bundesländern im VBRG e.V. zusammengeschlossen.

Mehr Informationen unter:

☞ verband-brg.de

Zentralrat der Juden in Deutschland

Der Zentralrat der Juden in Deutschland vereinigt unter seinem Dach 23 Landesverbände und 105 jüdische Gemeinden mit rund 97.791 Mitgliedern und vertritt deren politische und gesellschaftliche Interessen. Er ist für die Politik auf Bundes- und Länderebene Ansprechpartner für alle Themen, die die jüdische Gemeinschaft betreffen.

Mehr Informationen unter:

☞ zentralratderjuden.de

Weiterführende Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (2021): *Down the rabbit hole. Verschwörungs-ideologien: Basiswissen und Handlungsstrategien*. Berlin

Amadeu Antonio Stiftung (2021): *NWO, ZOG und Globalisten – deconstruct: antisemitism! Antisemitische Codes und Metaphern erkennen*. Berlin

Amadeu Antonio Stiftung (2020): *Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus: Deutschland*. Berlin

Bernstein, Julia (2021): *Israelbezogener Antisemitismus. Erkennen – Handeln – Vorbeugen*. Weinheim

Haury, Thomas (2002): *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburg

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (2020): *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Antisemitismus*. Jena

Jander, Martin/Kahane, Anetta (2020): *Gesichter der Antimoderne. Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden

Lamberty, Pia/Nocun, Katharina (2020): *Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen*. Köln

Rensmann, Lars (2021): *Die „Jerusalem Erklärung“. Eine Kritik aus Sicht der Antisemitismusforschung*. belltower.news/die-jerusalem-erklaerung-eine-kritik-aus-sicht-der-antisemitismusforschung-116093

Salzborn, Samuel (2020): *Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern*. Leipzig/Berlin

Schwarz-Friesel, Monika (2019): *Judenhass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl*. Berlin/Leipzig

Steinke, Ronen (2020): *Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt*. Berlin

Unterstützen Sie Projekte gegen Antisemitismus!

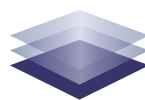
Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür fördert sie Initiativen überall in Deutschland, die sich in Jugendarbeit und Schule, Kunst und Kultur, im Opferschutz und Empowerment, in kommunalen Netzwerken und anderen Bereichen engagieren. Zu den über 1.700 bisher geförderten Projekten gehören zum Beispiel:

- das Projekt des Sprachbrücke Halle e. V., in dem geflüchtete Frauen die Geschichte des im KZ Sobibor ermordeten Mädchens Ilse Levis erforschten und einen Stolperstein an ihrem ehemaligen Wohnort verlegten
- die Social Media-Kampagne „Ich bin Jude“ des Mitzva e. V. Berlin mit Videos zur Vielfalt jüdischen Lebens, aber auch über Antisemitismus und Diskriminierung
- die Veranstaltungsreihe der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bildung und Lernen Oldenburg e. V. zu Antisemitismus in der Popkultur

Wo die Amadeu Antonio Stiftung Lücken staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Handelns sieht, wird sie selbst aktiv – mit Analysen, Modellprojekten, Materialien, Qualifikations- und Beratungsangeboten für Fachkräfte und regionale Netzwerke. Besonderes Augenmerk legt sie dabei auf den Transfer zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er schwarz war. Er war eines der ersten von heute mehr als 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen, anerkannter Träger der politischen Bildung und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12
10115 Berlin

Telefon: 030. 240 886 10

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Der Stiftung folgen

AmadeuAntonioStiftung

AmadeuAntonio

amadeuantoniofoundation

amadeuantoniofoundation

AmadeuAntonioStiftung

amadeu-antonio-stiftung

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00

SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

2021 werden „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ gefeiert. Das jüdische Leben ist in all seiner Diversität ein wichtiger Bestandteil der deutschen Gesellschaft. Aber auch im Festjahr wird es mit massiven Gefahren konfrontiert. Antisemitismus gehört zum Alltag von Jüdinnen:Juden.

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie werden antisemitische Verschwörungsmuthe verbreitet. 2021 erlebte dies einen Höhepunkt. Zudem fanden im Mai 2021 zahlreiche antiisraelische Demonstrationen statt, die in vielen Städten Deutschlands in antisemitische Gewalt mündeten.

Dieses Lagebild bündelt zivilgesellschaftliche und jüdische Perspektiven auf Antisemitismus. Es gibt einen pointierten Einblick in seine Erscheinungsformen in Deutschland heute: offen und codiert, physisch und verbal, von rechts, links, aus der Mitte der Gesellschaft wie im Islamismus. Aus dieser Analyse folgen Forderungen, um Antisemitismus nachhaltig zu bekämpfen.

